

## TAGESORDNUNG

### ÖFFENTLICH

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich darf Ihnen die Tagesordnungspunkte bekanntgeben, die durch Blockabstimmung genehmigt worden sind. Das ist bei der normalen Tagesordnung der Tagesordnungspunkt 5), 6), 7), 8), 9) ist abgesetzt, 10) gegen die Stimmen der SPÖ, KPÖ, FPÖ und BZÖ, 11) ist ebenfalls abgesetzt, 13) ist abgesetzt, en bloc beschlossen Stück Nummer 15), Stück Nummer 16), Stück Nummer 18), 19) bis 23), 25) und 26). Zur Nachtragstagesordnung en bloc positiv erledigt ist Tagesordnungspunkt Nummer 1), 2) ist abgesetzt, en bloc beschlossen Nummer 3), 4) gegen die Stimmen der FPÖ und des BZÖ, 5) wiederum gegen FPÖ und BZÖ. So das waren alle Stücke.

5) Präs. 11223/2003-10

Kuratorium der Bürgerspitalstiftung in  
Graz; Vertretung der Stadt Graz -  
Änderung

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

In das Kuratorium der Bürgerspitalstiftung in Graz werden seitens der Stadt Graz

- a) als Mitglied – an Stelle von GR. a.D. Herbert Wippel – Frau GRin. Ina Bergmann; und
- b) als Ersatzmitglied – anstelle von Frau GRin. Ina Bergmann – Frau GRin. Mag.<sup>a</sup> Ulrike Taberhofer

entsandt.

6) Präs. 9179/2003-7

Ing.-Friedrich-Schmiedl-Stiftung;  
Vertretung der Stadt Graz im Kuratorium -  
Änderung

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Ersatzmitglied in das Kuratorium der Ing.-Friedrich-Schmiedl-Stiftung wird seitens der Stadt Graz an Stelle von Herrn GR. a.D. Herbert Wippel nunmehr Herr GR. Manfred Eber entsandt.

7) Präs. 11245/2003-23

Adolf Ortler, Abteilung für Gemeinde-  
abgaben, Bevollmächtigung zur  
Vertretung der Stadt Graz in  
Vollstreckungssachen

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz beschließen:

Der Bedienstete der Abteilung für Gemeindeabgaben Adolf Ortler wird bevollmächtigt, die Stadt Graz vor sämtlichen Bezirksgerichten der Republik Österreich in Vollstreckungssachen zu vertreten.

8) Präs. 10118/2006-4

Schenkung des Gorbach-Denkmal  
an die Stadt Graz, Annahme

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die gegenständliche Schenkung wird angenommen.
2. Die Aufstellung des Gorbach-Denkmal soll auf dem Gorbach-Platz vor dem Landesgericht für ZRS Graz, Marburgerkai, erfolgen.

3. Die Kosten für die Aufstellung werden von der Stadtbaudirektion getragen.

10) A 2 – K 4/1972-146

Ehrungen von Alters- und EhejubilantInnen  
Neuorganisation

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Gemeinderatsbeschlüsse vom 11.3.1964, A 2 – 479/1-5/1963, beziehungsweise A 2 – 1990/6-1963 und A 2-K 4/1972-145 vom 14.12.2006 betreffend die Ehrungen und die Ehrengaben für Alters- und EhejubilantInnen werden aufgehoben.
2. Der im Motivenbericht vorgeschlagenen Neuorganisation der Alters- und EhejubilantInnen wird zugestimmt.
3. Die Mag.-Abt. 2 – BürgerInnenamt wird beauftragt, die organisatorische Umsetzung dieses neuen Konzeptes durchzuführen sowie die jährliche Budgetvorsorge zu treffen.

15) A 8 – 11326/2008-16

Kanalbauamt, Kläranlage Graz,  
chemische Mittel, Rahmenlieferverträge;  
Projektgenehmigung über € 1.530.000,-  
in der OG 2008-2012

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

1. In der OG 2008-2012 wird die Projektgenehmigung „Kläranlage Graz – chemische Mittel, Rahmenlieferverträge“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 1.530.000,-

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2008	MB 2009	MB 2010	MB 2011	MB 2012
Kläranlage Graz – chemische Mittel, Rahmenlieferverträge	1.530.000	2008- 2012	50.000	355.000	375.000	390.000	360.000

beschlossen.

Die Kosten für die Jahre 2009 – 2012 sind über die Eckwerte des Kanalbauamtes zu finanzieren.

2. Die Bedeckung des Betrages von € 50.000,- für 2008 erfolgt auf der Fipos 1.85100.455000 „Chemische und sonstige artverwandte Mittel“.

16) A 10/2-K-1075/Ü-2008

Kläranlage Graz – chemische Mittel  
Rahmenlieferverträge  
Projektgenehmigung über € 1.530.000,-  
exkl. MWSt.  
VASSt. 1.85100.455000

Der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung für die Lieferung von Fällmitteln (Eisen-III-Chlorid-Lösung) und von Flockungshilfsmitteln für die Dauer von max. 4 Jahren mit einer Auftragssumme von max. € 1.530.000,- exkl. MWSt. wird erteilt.

Die Bedeckung erfolgt auf der VASSt. 1.85100.455000.

18) A 8/4 – 32322/2007

Am Stadlgrund  
Auflassung vom öffentlichen Gut und  
kostenlose Übertragung einer 15 m<sup>2</sup>  
großen Teilfläche (Nr. 2) und Verkauf  
einer 85 m<sup>2</sup> großen Teilfläche (Nr. 1) des  
Gdst.Nr. 584/15, EZ 50000, KG Andritz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

- 1.) Die Auflassung des Gdst.Nr. 584/15, EZ 50000, KG Andritz, im Ausmaß von 100 m<sup>2</sup>, aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.
- 2.) Die kostenlose Übereignung der Teilfläche Nr. 2 im Ausmaß von 15 m<sup>2</sup> des Gdst.Nr. 584/15, EZ 5000, KG Andritz, nach erfolgter Auflassung aus dem öffentlichen Gut, zum Gdst.Nr. 584/14, EZ 1081, KG Andritz, welches sich im Eigentum von Herrn DI Dr. Bernhard Schreiber befindet, wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 3.) Der Verkauf der Teilfläche Nr. 1 im Ausmaß von 85 m<sup>2</sup> des Gdst.Nr. 584/15, EZ 50000, KG Andritz, an die Firma Mag. Hofstätter und Partner Immobilien GmbH, Eigentümerin des Gdst.Nr. 584/3, EZ 1071, KG Andritz, zu einem Pauschalpreis von € 13.500,- wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 4.) Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung des Vertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren, bezüglich der kostenlosen Übertragung der Teilfläche Nr. 2 des Gdst.Nr. 584/15, EZ 50000, KG Andritz, in das Eigentum von Herrn DI Dr. Bernhard Schreiber gehen zu Lasten der Stadt Graz.
- 5.) Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung des Vertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren bezüglich des Verkaufes der Teilfläche Nr. 1 im Ausmaß von 85 m<sup>2</sup> des Gdst.Nr. 584/15, EZ 50000, KG Andritz, in das Eigentum der Firma Mag. Hofstätter & Partner Immobilien GmbH gehen zu Lasten der Käuferin.
- 6.) Die Herstellung der Grundbuchsordnung nach § 15 LTG erfolgt durch das A 10/6 – Stadtvermessungsamt.
- 7.) Die Errichtung der Verträge – wenn erforderlich – erfolgt durch das Präsidialamt – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten.
- 8.) Der Pauschalpreis von € 13.500,- ist auf der Fipos 2.84000.001200 zu vereinnahmen.

- 19) A 8/4-039840/2007 Übernahme von Grundstücksflächen in  
 A 8/4-016572/2008 das öffentliche Gut der Stadt Graz;  
 A 8/4-002308/2003 Sammelantrag  
 A 8/4-025742/2008  
 A 8/4-036100/2008  
 A 8/4-002716/2001

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

Die Übernahme der in den einzelnen Gemeinderatsanträgen detailliert angeführten Grundstücksflächen in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

A 8/4-39840/2007	Fröhlichgasse	ca. 171 m <sup>2</sup>	Fahrbahnverbreiterung
A 8/4-16572/2008	Münzgrabenstraße	425 m <sup>2</sup>	Straßen-Gleissanierung
A 8/4-02308/2003	Plabutscherstraße	ca. 360 m <sup>2</sup>	Gehsteigerrichtung
A 8/4-17967/2003	Plabutscherstraße/ Mainersbergstraße	ca. 120 m <sup>2</sup>	Kreuzungsumbau
A 8/4-25742/2008	Weingartenweg	ca. 31 m <sup>2</sup>	Straßenverbreiterung
A 8/4-36100/2008	Schwarzenberggasse 34-62	876 m <sup>2</sup>	Grundabtretung
A 8/4-02716/2001	Gdst.Nr. 826, KG Jakomini	379 m <sup>2</sup>	Geh- und Radweg

- 19) A 8/4-39840/2007 Fröhlichgasse – Fahrbahnverbreiterung  
Übernahme einer ca. 57 m<sup>2</sup> großen  
Teilfläche des Gdst.Nr. 993, EZ 504,  
einer ca. 44 m<sup>2</sup> und einer ca. 70 m<sup>2</sup>  
großen Teilfläche des Gdst.Nr. 984/17,  
EZ 1760, je KG Jakomini, in das  
öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Übernahme einer ca. 57 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 993, EZ 504 und einer ca. 44 m<sup>2</sup> und einer ca. 70 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 984/17, EZ 1750, je KG Jakomini, welche mit EntschlieÙung vom 3.10.2008 durch Herrn Stadtrat Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüsç erworben wurden, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

19) A 8/4-16572/2008

Münzgrabenstraße 36/Brockmannngasse  
Übernahme in das öffentliche Gut der  
Stadt Graz der  
Gdst.Nr. 1332/2 (108 m<sup>2</sup>), EZ 677,  
Gdst.Nr. 1330 (69 m<sup>2</sup>), EZ 2441, und  
Gdst.Nr. 1332/3 (248 m<sup>2</sup>), EZ 2441, je KG  
Jakomini

Die Übernahme des Gdst.Nr. 1332/2, EZ 677, mit einer Fläche von 108 m<sup>2</sup>, des Gdst.Nr. 1330, EZ 2441, mit einer Fläche von 69 m<sup>2</sup> und des Gdst.Nr. 1332/3, EZ 2441, mit einer Fläche von 248 m<sup>2</sup>, alle KG Jakomini, welche mit Stadtsenatsbeschluss vom 17.10.2008 erworben wurden, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

19) A 8/4-2308/2003

Plabutscherstraße – Gehsteigerrichtung  
Übernahme von verschiedenen  
Grundstücksflächen im Bereich Pichler  
Möbel bis Steinbruchweg

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Übernahme des Gdst.Nr. 561/3, EZ 823, KG Gösting, mit einer Fläche von 240 m<sup>2</sup>, welche mit EntschlieÙung vom 19.8.2003 durch Herrn Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler erworben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
2. Die Übernahme einer ca. 55 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 561/50, EZ 1877, KG Gösting, welche mit EntschlieÙung vom 19.8.2003 durch Herrn

Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler erworben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

3. Die Übernahme einer ca. 65 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 562/3, EZ 655, KG Gösting, welche mit EntschlieÙung vom 19.8.2003 durch Herrn Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler erworben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

19) A 8/4-17967/2003

Plabutscherstraße/Mainersbergstraße –  
Kreuzungsumbau

- a) Übernahme zweier insgesamt ca.  
41 m<sup>2</sup> großen Teilflächen des  
Gdst.Nr. 1219, EZ 577, KG Lend
- b) Übernahme des Gdst.Nr. 330/6,  
EZ 622, KG Alggersdorf, mit einer  
Fläche von 79 m<sup>2</sup>

in das öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Übernahme zweier insgesamt ca. 41 m<sup>2</sup> großen Teilflächen des Gdst.Nr. 1219, EZ 577, KG Lend, welche mit EntschlieÙung vom 8.1.2004 durch Herrn Stadtrat Dr. Wolfgang Riedler erworben wurden, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.
2. Die Übernahme des Gdst.Nr. 330/6, EZ 622, KG Alggersdorf, mit einer Gesamtfläche von 79 m<sup>2</sup>, welche mit EntschlieÙung vom 8.1.2004 durch Herrn Stadtrat Dr. Wolfgang Riedler erworben wurden, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

19) A 8/4-25742/2008

Weingartenweg 14a  
StraÙenverbreiterung bis zur  
Regulierungslinie; Übernahme einer ca.  
31 m<sup>2</sup> großen Tfl. des Gdst.Nr. 120/38,  
EZ 1166, KG Alggersdorf, in das  
öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Übernahme einer ca. 31 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 120/38, EZ 1166, KG Algersdorf, welche mit Entschließung vom 23.10.2008 durch Herrn Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher erworben wurde, in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

19) A 8/4-36100/2008

Schwarzenberggasse 34-62 – Grundabtretung Gdst.Nr. 2530/6, EZ 2363, KG Jakomini, mit einer Fläche von 876 m<sup>2</sup> Übernahme in das öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Übernahme des Gdst.Nr. 2530/6, EZ 2363, KG Jakomini, mit einer Fläche von 876 m<sup>2</sup> in das öffentliche Gut der Stadt Graz aus dem grundbücherlichen Eigentum der Hanlo Fertighaus GesellschaftmH & CO Kommanditgesellschaft, welche laut Bescheid von der A 17 – Bau- und Anlagenbehörde, mit der GZ: 031475/2007/0006 vom 25.6.2008, zur kostenlosen und lasten freien Abtretung vorgeschrieben wurde, wird genehmigt.

19) A 8/4-2716/2001

Unbebaute Grundstücke; Übernahme des Gdst.Nr. 826, EZ 433, KG Jakomini mit einer Fläche von 379 m<sup>2</sup>, aus dem Privatbesitz in das öffentliche Gut der Stadt Graz

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Übernahme des Grundstückes Nr. 826, EZ 433, KG Jakomini, mit einer Fläche von 379 m<sup>2</sup> aus dem Privatbesitz in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

20) A 8/4-23588/2008

Triesterstraße – Grenzberichtigung

a) Auflassung vom öffentlichen Gut der Stadt Graz und Verkauf einer ca. 40 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 2308/1, EZ 50000, KG Gries

b) Erwerb und Übernahme in das öffentliche Gut einer ca. 7 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 1635, EZ 848, KG Gries

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5, 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

1. Die Auflassung einer ca. 40 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst. Nr. 2308/1, EZ 50000, KG Gries, aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.
2. Der Verkauf einer ca. 40 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst. Nr. 2308/1, EZ 50000, KG Gries, welche in Punkt 1 aus dem öffentlichen Gut aufgelassen wurde, zu einem Kaufpreis von € 255,-/m<sup>2</sup>, somit – mehr oder weniger je nach endgültigem Vermessungsergebnis - € 10.200,- an Herrn Johann Pugl, zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, wird genehmigt.
3. Der Erwerb einer ca. 7 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst. Nr. 1635, EZ 848, KG Gries, aus dem Eigentum von Herrn Johann Pugl, zu einem Kaufpreis von € 255,-/m<sup>2</sup>, somit insgesamt € 1.785,- wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
4. Die Übernahme der in Punkt 3 erworbenen ca. 7 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst.Nr. 1635, EZ 848, KG Gries, in das öffentliche Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

5. Die Vermessung und die Errichtung des grundbuchsfähigen Teilungsplanes erfolgt durch das Stadtvermessungsamt auf Kosten von Herrn Johann Pügl.
6. Sämtliche mit der Errichtung, Unterfertigung und der grundbücherlichen Durchführung des Tauschvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren sowie die Grunderwerbssteuer hat jeder Vertragsteil für die ihm zukommenden Grundflächen zu tragen. Die Kosten einer allfälligen rechtsfreundlichen Vertretung hat jeder Vertragsteil für sich alleine zu tragen.
7. Die Errichtung des Tauschvertrages – wenn erforderlich – und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch und auf Kosten der Stadt Graz.
8. Die Bedeckung für den Grundtausch erfolgt wie nachstehend angeführt:

Der Betrag für den Tauschwert in der Höhe von € 1.785,- ist sowohl auf der Fipos 2.84000.001300 als auch auf der Fipos 1.84000.001300 zu verbuchen.

Der Wertausgleich in der Höhe von € 8.415,- ist auf der Fipos 2.84000.001200 zu vereinnahmen.

Die Nebenkosten in der Höhe von ca. € 500,- sind auf der Fipos 1.84000.001200 zu bedecken.

21) A 8/4 – 58520/2004

Maggstraße  
städtisches Gdst. Nr. 828/1, EZ 297, KG  
63114 Graz – Stadt Messendorf,

- 1.) Reduktion der Bestandfläche um  
1.177 m<sup>2</sup>
- 2.) Verkauf einer Teilfläche von  
2.716 m<sup>2</sup>

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

- 1.) Der Bestandvertrag vom 13.6.2002 und 28.6.2005 zwischen der Stadt Graz und der Firma Hödlmayr Logistics GmbH wird einvernehmlich hinsichtlich der Reduzierung der Bestandfläche um 1.177 m<sup>2</sup> und dementsprechende

Anpassung des jährlichen Bestandzinses von € 82.497,36 auf nunmehr € 80.142,08 abgeändert. Sämtliche übrigen Bedingungen die dieses Bestandverhältnis treffen, bleiben vollinhaltlich aufrecht.

- 2.) Der Verkauf einer 2.716 m<sup>2</sup> großen Teilfläche des Gdst. Nr. 828/1, EZ 297, KG 63114 Graz – Stadt Messendorf, an die Firma T.J. Beteiligungs- und Vermietungs GmbH, Gaswerkstraße 103, 8020 Graz, zu einem Kaufpreis von € 298.760,- wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 3.) Sämtliche mit der Errichtung, Unterfertigung und der grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren einschließlich der Grunderwerbsteuer, gehen zu Lasten der Käuferin.
- 4.) Der Kaufpreis von € 298.760,- ist auf der Fipos 2.84000.001200 zu vereinnahmen.

22) A 10/BD-040378/2008

BürgerInnenbeteiligungsprozess  
Planungswerkstatt „Zeit für Graz;  
Geschäftsordnung für den Beirat für  
BürgerInnenbeteiligung

Der Gemeindeumweltausschuss und der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellen den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

Der vorliegende Bericht über die Geschäftsordnung für den Beirat für BürgerInnenbeteiligung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

23) A 10/6-038768/2008

Graz I. Bezirk Innere Stadt  
Neubenennung des Uhrturmvorplatzes in  
„Platz der Ehrenamtlichen“  
KG Innere Stadt, Grundstück Nr. 698

Der Gemeindeumweltausschuss und der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1.) Der Uhrturmvorplatz wird in

Platz der Ehrenamtlichen

benannt.

- 2.) Die Beschaffung und Anbringung der erforderlichen Straßenschilder hat nach den Bestimmungen über die einheitliche Ausführungsart von Straßentafeln durch die Wirtschaftsbetriebe zu erfolgen.
- 3.) Auf Grund der spezifischen Namensgebung soll eine Erläuterungstafel mit mehrsprachigem Text angebracht werden.

25) A 23-018922/2004-0016

Richtlinien zur Grazer Umwelt-  
/Energieförderung 2007  
Außerkrafttreten

Der Gemeindeumweltausschuss und der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 25 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF. LGBl. 32/2005 beschließen:

Die Richtlinien zur Grazer Umwelt-/Energieförderung 2007 gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 24.5.2007, GZ. A 23-018922/2004-0009, treten mit 14.11.2008 außer Kraft.

26) KFA-K 34/2008-1

Vereinbarung über die Abwicklung von  
ABS-Bewilligungsanfragen mit der  
Sozialversicherungsanstalt der gewerbl.  
Wirtschaft (SVA) und der  
Versicherungsanstalt für Eisenbahnen  
und Bergbau (VAEB) ab 1.10.2008

Der Ausschuss der KFA stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildende und in der Beilage A angeschlossene Vereinbarung sowie das in der Anlage 1 angeführte SERVICE LEVEL AGREEMENT über die Abwicklung von ABS-Bewilligungsanfragen, abgeschlossen zwischen der Stadt Graz für die Krankenfürsorgeanstalt für die Beamten der Landeshauptstadt Graz als Auftraggeberin und der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) und der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB) als AuftragnehmerInnen mit Wirksamkeit 1.10.2008 beschließen.

NT 1) MD-IM 299/2008-9

Miete von Multifunktionsdruckern;  
Antrag auf Zustimmung

Der Ausschuss für Verfassung, Personal, Organisation, EDV, Katastrophenschutz und Feuerwehr stellt gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 9 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 idgF den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Der Abschluss der Rahmenvereinbarung mit der Firma Omega betreffend die Miete und die Wartung von Multifunktionsgeräten wird genehmigt.
- 2.) Die einzelnen Magistratsabteilungen haben die Möglichkeit, aus der Rahmenvereinbarung mit der Firma Omega Multifunktionsgeräte abzurufen.
- 3.) Die Bedeckung der anfallenden Entgelte erfolgte im Rahmen der Globalbudgets der Magistratsabteilungen.

NT 3) A 8 – 11326/2008-18

Umweltamt  
EU-Projekt „Minus 3 %“  
1. Projektgenehmigung über € 86.900,- in  
der OG 2008-2011  
2. Budgetäre Vorsorge in der OG 2008

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 beziehungsweise § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

1. In der OG 2008-2011 wird die Projektgenehmigung „EU-Projekt, Minus 3 %“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 86.900,- beschlossen.

Die Kosten von €49.829,25 sind über die Eckwerte 2008-2011 des Umweltamtes zu finanzieren.

2. In der OG des Voranschlages 2008 werden die Fiposse

1.52910.728500 „Entgelte für sonstige Leistungen, EU-Projekt Minus 3 %“

und

2.52910.889500 „Kap. Transferzahlungen von der Europäischen Union, EU-Projekt Minus 3 %“

mit je € 1.800,- geschaffen.

NT 4) A 8-11326/2008-17

Stadtbaudirektion

Ausbau St.-Peter-Hauptstraße Nord,  
Busfahrstreifen

1. Projektgenehmigung über € 900.000,-  
in der AOG 2009-2010

2. Erweiterung des zwischen der Stadt  
Graz und der Graz AG  
abgeschlossenen

Verkehrsfinanzierungsvertrages um  
insgesamt € 1.387.000,00

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt daher den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 sowie § 45 Abs. 2 Ziffer 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

1. In der AOG 2009-2010 wird die Projektgenehmigung „St.-Peter-Hauptstraße Nord, Busfahrstreifen“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 900.000,- im Rahmen des AOG – Programms 2006-2010

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2009	MB 2010
St.-Peter-Hauptstraße Nord, Busfahrstreifen	900.000	2009-2010	400.000	500.000

beschlossen.

2. Der bestehende Verkehrsfinanzierungsvertrag erweitert sich um das Projekt „Ausbau St.-Peter-Hauptstraße Nord, Busfahrstreifen“ sowie um diverse ÖV-Beschleunigungsmaßnahmen (VLSA-Planung/Programmänderungen, kleine Umbauten, Haltestellen,...). Dafür wird der im 100%-igen Eigentum der Stadt Graz stehenden Graz AG-Stadtwerke für kommunale Dienste, Geschäftsbereich Verkehrsbetriebe, ein zusätzlicher Zuschuss in Höhe von insgesamt € 1.387.000,00 bis längstens Ende des Jahres 2010 gewährt.

Drüber ist in der nächsten Sitzung des Kontrollgremiums (anberaumt für den 27.11.2008) ein entsprechender Beschluss zu fassen.

NT 5) A 10/BD – 28787/2008-3  
A 10/8 – 633/2006-3

Ausbau St.-Peter-Hauptstraße – Nord  
Busfahrstreifen  
Projektgenehmigung in Höhe von  
€ 900.000,- gemäß Statut § 45 (5), § 45  
(9), § 45 (18)

Der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Vorstehender Bericht über die dargestellten Ausbaumaßnahmen der St.-Peter-Hauptstraße wird genehmigt.
2. Die Stadtbaudirektion wird unter Beiziehung der betroffenen Magistratsabteilungen mit der weiteren Koordination und Abwicklung der gegenständlichen Ausbaumaßnahmen beauftragt.
3. Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von € 900.000,-, die sich zeitlich wie folgt aufteilen

2009	€ 400.000,-
2010	€ 500.000,-

werden gemäß Statut § 45 (5) genehmigt und der Stadtbaudirektion übertragen.

4. Die Bedeckung der Kosten erfolgt auf den im parallelen Finanzstück festzulegenden Voranschlagstellen.
5. Dem im Entwurf vorliegende Verwaltungs- und Finanzierungsübereinkommen (Beilage /1) zwischen dem Land Steiermark, der Stadt Graz und der Graz AG wird die grundsätzliche Zustimmung erteilt. Die Stadtbaudirektion wird bevollmächtigt, allfällige im Zuge der weiterführenden Verfahrensschritte notwendige redaktionelle Änderungen mit dem Vertragspartner vorzunehmen und wird die Stadtbaudirektion nach Vorliegen des endgültigen Übereinkommens dieses dem Bürgermeister zur rechtsgültigen Fertigung übermitteln.
6. Dem in Beilage /1 einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildende Vertrag wird gemäß Statut § 45 (9) und § 45 (18) die Zustimmung erteilt.

*Die Tagesordnungspunkte 5), 6), 7), 8), 15), 16), 18), 19), 20), 21), 22), 23), 25), 26), NT 1) und NT 3) wurden einstimmig angenommen.*

*Die Tagesordnungspunkt 10), NT 4) und NT 5) wurden mit Mehrheit angenommen.*

**Berichterstatter: GR. Mag. Frölich**

12) A 8-40945/2008-1  
A 15/41214/2008

1. Creative Industries Styria GmbH (CIS)  
Beteiligung der Stadt Graz; Genehmigung  
2. Haushaltsplanmäßige Vorsorge in  
Höhe von € 105.000,- in der OG 2008

Mag. **Frölich**: Meine Damen und Herren! Es geht um Creative Industries Styria, kurz CIS genannt. Dieses Stück beschäftigt sich mit der Kreativwirtschaft, wir wissen ja, dass die Kreativwirtschaft einer der stärksten wachsenden Zweige der Wirtschaft ist mit einer Bruttowertschöpfung von über 1,5 Milliarden Euro für den Großraum Graz. 14 % der gesamten Wertschöpfung im Großraum Graz und 70 % der Mitgliedsbetriebe in Graz, also ein sehr, sehr aktuelles Thema. CIS ist ein Pool, ein Netzwerkanbieter für die im Wesentlichen KMU und EMU, aber auch anderen Betriebe, die sich im Bereich der Kreativwirtschaft in dieser stark wachsenden Sparte befinden. Mit diesem Stück liegt vor der Antrag, dass die Stadt Graz sich an dem Netzwerk mit einem einmaligen Gesellschafterzuschuss von 100.000 Euro beteiligt und einen 10-%igen Anteil an der Gesellschaft im Wert von 3.500 Euro erwirbt und darüber hinaus zum Dritten die Vertragserrichtungskosten für dieses Vorhaben bezahlt. Vielleicht noch dazuzusagen, dass im Fachausschuss mit dem zuständigen Geschäftsführer Mag. Schrempf sehr detailliert über die Inhalte der Gesellschaft und der Rahmenbedingungen, unter denen die Gesellschaft jetzt arbeiten wird, gesprochen wurde und sehr viele Details erläutert wurden. Das Stück wurde in den Ausschüssen entsprechend angenommen. Ich darf im Namen der beiden befassten Ausschüsse den Antrag stellen, der Gemeinderat wolle beschließen, die gemäß § 87 Abs. 1 des Statutes werden mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit die 10-%ige Beteiligung der Stadt Graz an der Creativ Industries Styria GmbH, Stammkapital 35.000 Euro in Höhe von Euro 3.500,- gemäß dem einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung bildenden Gesellschaftsvertrag der einmalige Gesellschafterzuschuss von Euro 100.000,- und die Vertragserrichtungskosten genehmigt. Im Punkt 2 werden die neuen Finanzpositionen „Beteiligungen“ Euro 5.000,-, „Laufende Transfers an Unternehmungen“ Euro 100.000,- geschaffen und zur Bedeckung die Finanzposition Sonstige Ausgaben um Euro 105.000 gekürzt. Der Eckwert der Finanzdirektion erhöht sich somit um Euro 105.000. Ich bitte um Annahme dieses wichtigen Stückes. Danke.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus und des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß §§ 45 Abs. 2 Z. 10, 87 Abs. 1 in Verbindung mit § 95

Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

- 1.) Gemäß § 87 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 werden mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit die zehnpromzentige Beteiligung der Stadt Graz an der „Creative Industries Styria GmbH“ (Stammkapital Euro 35.000,-) in Höhe von Euro 3.500,-, gemäß dem einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung bildenden Gesellschaftsvertrag, der einmalige Gesellschafterzuschuss von Euro 100.000,- und die Vertragserrichtungskosten genehmigt.
- 2.) Gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 werden in der OG des VA 2008 die neuen Fiposse

1.78920.080000	„Beteiligungen“ (Anordnungsbefugnis: A 8) mit	€ 5.000,-
----------------	--	-----------

1.78920.755000	„Lfd. Tranfers an Unternehmungen“ (Anordnungsbefugnis: A 8) mit	€ 100.000,-
----------------	--	-------------

geschaffen und zur Bedeckung die Fipos

1.97000.729000	„Sonstige Ausgaben“ um	€ 105.00,-
----------------	------------------------	------------

gekürzt. Der Eckwert der Finanzdirektion erhöht sich somit um € 105.000,-.

***Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen (45 : 6).***

**Berichterstatter: GR. Mag. Titz**

14) A 8 – 22996/2006-16

Amt für Wohnungsangelegenheiten –  
umfassende Sanierung von städtischen  
Wohnhäusern – Darlehensaufnahmen in  
der Höhe von insgesamt € 952.615,00  
beim Land Steiermark

Mag. **Spath**: In diesem Stück geht es darum, dass unter Inanspruchnahme der Wohnbauförderung des Landes Steiermark vier Darlehen für vier Liegenschaften aufgenommen werden sollen. Die Liegenschaften befinden sich im Bezirk Gries, Jakomini und Lend. Die Verzinsung dieser vier Darlehen erfolgt mit 0,5 % per anno und einer Laufzeit von 25 Jahren. Ich stelle daher den Antrag, dass diese vier Darlehen in der Höhe von insgesamt 952.615,- auf Basis der Bestimmungen der Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetzes 1993 genehmigt werden.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 3 lit c des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF LGBl. Nr. 41/2008, mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit beschließen:

Die Aufnahme von vier Darlehen in der Höhe von insgesamt € 952.615,00 auf Basis der Bestimmungen des Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetzes 1993 und der Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz wird zu den Bedingungen der beiliegenden Schuldscheine und Förderungszusicherungen, die integrierende Bestandteile dieses Beschlusses bilden, genehmigt.

Zur Sicherstellung der einzelnen Darlehensbeträge samt 0,5 % p.a. Zinsen, 5,5 % Verzugs- beziehungsweise Zinseszinsen und der entsprechenden Kautionen verpflichtet sich die Stadt Graz zur Verpfändung von 1/1 Anteile der angeführten Liegenschaften sowie zur Einräumung eines Veräußerungsverbotes.

Objekt	GZ.Land	Darlehenshöhe	Kaution	Baurechts-EZ	KG
Weißenhofgasse 8 Nachförderung	15-64 961 32	31.163,00	3.116,30	1345	Gries
Weißenhofgasse 6 Nachförderung	15-64 071 35	25.798,00	2.579,80	1345	Gries
Schönaugürtel 62	15-64 071 47	820.254,00	82.025,40	487	Jakomini
Gehgagasse 29a	15-64 071 48	75.400,00	7.540,00	1650	Lend
	Summe	952.6125,00			

*Bgm.-Stvin. Rücker übernimmt um 21.30 Uhr den Vorsitz.*

*Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen (51 : 0).*

**Berichterstatter: GR. Mag. Spath**

17) A 8 – 6485/2007-3  
A 8/4-4649/2002-362

Liegenschaftspaket VII Stadt Graz –  
Grazer Bau- und  
Grünlandsicherungsges.mb.H.  
1. Genehmigung des Kaufvertrages  
2. Stimmrechtsermächtigung für eine a.o.  
Generalversammlung gem. § 87 Abs. 2  
des Statutes für den  
Eigentümerversorger der Stadt Graz in  
der Grazer Bau- und  
Grünlandsicherungsges.m.b.H. (GBG)  
3. Garantieerklärung für eine  
Finanzmittelaufnahme der GBG durch  
die Stadt Graz  
4. Genehmigung für die Rückanmietung  
von veräußerten Liegenschaften

Mag. **Spath**: Seit 2001 werden in der Stadt Graz jährliche Immobilientransaktionen konzipiert und durchgeführt. Sechs Liegenschaftspakete wurden seit dem Jahr 2002 bereits durchgeführt. Es liegt das Liegenschaftspaket Nummer 7 vor. Dieses setzt sich im Wesentlichen aus Restliegenschaften, die Arrondierungsflächen zu bereits an die GBG übertragene Liegenschaften darstellen, sowie Teilflächen von Parkanlagen und Spielplätzen, Gebäuden, die von Dienststellen des Magistrates beziehungsweise der Theaterholding genutzt werden, zusammen, die alle in der Liste Anhang A angeführt sind. Wobei bei jenen, die mit Leasing belastet sind, die Stadt die Leasingraten an die Leasinggesellschaften weiter bezahlt und die GBG in die Rechte der Stadt als Baurechtsgeberin eintritt. Im Zuge dieses Immobilienpaketes erfolgt auch die Kaufpreisbereinigung aus den vorangegangenen sechs Paketen, ebenfalls im Anhang B angeführt. Anhang C weist eine Flächen- und Kaufpreisbereinigung mit Gegenverrechnung zwischen der GGZ-Vermögen und der GBG mit einem Betrag von 19.500 Euro auf. Die wesentlichen Bedingungen des Kauvertrages lauten analog

jenen aus den Kaufverträgen der Liegenschaftspakete I bis VI. Weiters geht es in diesem Stück um die Stimmrechtsermächtigung, Budgetbegleitgesetz, Garantieerklärungen und Mietverträge. Ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, den Verkauf der in der Anlage A und C angeführten Liegenschaften gemäß den in der Anlage D angeführten wesentlichen Bedingungen zum Kaufvertrag von der Stadt Graz an die GBG und die Gegenverrechnungen in der Anlage B, dass das genehmigt wird. Punkt 2, dass der Eigentumsvertreter der Stadt Graz, Herr Stadtrat Univ.-Doz. Dr. Gerhard Rüscher, berechtigt wird, in der Generalversammlung beziehungsweise im Umlaufbeschluss Folgendem zuzustimmen: 1. Zustimmung zum gegenständlichen Immobilienkauf zum Kaufpreis in der Höhe von 16.708.218,02 abzüglich der Gegenverrechnung. Zustimmung zur Fremdmittelaufnahme von rund 16,3 Millionen Euro zur Refinanzierung dieses Immobilienkaufes. Weiters Zustimmung zur Übernahme der Baurechte beziehungsweise Leasingrückkaufvereinbarung von der Stadt Graz durch die GBG und die Zustimmung zum Abschluss von Mietverträgen. Weiterer Punkt, die Stadt Graz soll die Garantie gegenüber den finanzierenden Geldinstituten oder sonstigen Investoren übernehmen. Punkt 4, die Stadt mietet von der GBG jene Liegenschaften, die in der Anlage A und C angeführt sind, ab 1.1.2009 auf unbestimmte Zeit zu dem in Anhang E angeführten wesentlichen Bedingungen an. Der jährliche Bestandzins beträgt 780.048,42 und Punkt 5, die Beilagen bilden einen integrierten Bestandteil dieser Beschlussfassung. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Gemäß § 45 Abs. 3 lit. a und c des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. Nr. 41/2008 wird mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit der Verkauf der in der Anlage A und C angeführten Liegenschaften, gemäß den in der Anlage D angeführten wesentlichen Bedingungen zum Kaufvertrag, von der Stadt Graz an die GBG und die Gegenverrechnung in der Anlage B genehmigt.
2. Gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. Nr. 41/2008 wird dem Eigentümerversorger der Stadt Graz in der

Grazer Bau- und Grünlandsicherungsges.m.b.H., StR. Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher, die Zustimmung für folgenden Umlaufbeschluss (beziehungsweise zur Zustimmung in einer ao. Generalversammlung) erteilt:

- Zustimmung zum gegenständlichen Immobilienkauf zum Kaufpreis in Höhe von € 16.708.218,02 (abzüglich einer Gegenverrechnung in der Höhe von € 495.820,26, ergibt somit einen Betrag von € 16.212.397,76).
  - Zustimmung zur Fremdmittelaufnahme von rund € 16,3 Millionen zur Refinanzierung dieses Immobilienkaufes.
  - Zustimmung zur Übernahme der Baurechte beziehungsweise Leasingrückkaufvereinbarung von der Stadt Graz durch die GBG.
  - Zustimmung zum Abschluss von Mietverträgen.
3. Die Stadt Graz wird für die durch die Grazer Bau- und Grünlandsicherungsges.m.b.H. aufzunehmende Finanzierung von rund Euro 16,3 Millionen die Garantie gegenüber den finanzierenden Geldinstituten oder sonstigen Investoren übernehmen.
4. Gemäß § 45 Abs. 2 Ziff. 9 mietet die Stadt Graz von der GVG jene Liegenschaften die in der Anlage A und C (mit Ausnahme der Leasingliegenschaften) angeführt sind ab 1.1.2009 auf unbestimmte Zeit zu den im Anhang E angeführten wesentlichen Bedingungen an. Der jährliche Bestandzins ist wertgesichert und beträgt für diese Liegenschaften insgesamt € 780.048,42. Die Bedeckung des Bestandzinses erfolgt im Budget 2009 der jeweils zuständigen Magistrats-Abteilungen.
5. Die Beilagen bilden einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung.

***Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen (37 : 14)***

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 21.35 Uhr den Vorsitz.***

**Berichterstatter: GR. Mag. Korschelt**

1) StRH – 789/2008

Prüfbericht Stadtrechnungshof  
Vorprüfung der Rechnungsabschlüsse  
2007

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich kann mich natürlich jetzt wieder beliebt machen, das Stück hat ungefähr 300 Seiten, gehen wir es an, hat jemand am Wochenende was vor? Aber zuerst möchte ich mich sehr herzlich beim Stadtrechnungshof und beim Herrn Direktor, bei den Mitarbeitern sehr herzlich bedanken für dieses umfangreiche Werk, es ist sozusagen das Meisterstück, dass der Stadtrechnungshof ja jedes Jahr uns knapp vor Weihnachten sozusagen präsentiert, dafür herzlichen Dank dann. Wer sich damit befasst hat, weiß, dass es wirklich sehr von großem Inhalt ist und glaube ich, sehr wichtig ist für die Stadt zu wissen, dass der budgetierte in dem Fall Steuer-Euro gut ausgegeben wird. Noch einmal, Herr Direktor, Ihnen und Ihren Mitarbeitern sehr herzlich dankeschön, es ist ja auch (*allgemeiner Applaus*), ich glaube, es ist einen Applaus wert. Es wird ja nicht nur rein Zahlen gegenüber gestellt, sondern es wird ja auch sehr gut kommentiert und wie gesagt, ich kann jeden, der sich für die Budgetlage der Stadt Graz interessiert, dann wirklich dieses Stück empfehlen nachzulesen. Ich werde mir doch erlauben, nicht 300 Seiten zu kommentieren, sondern nur ganz kurz ein bisschen aus dem Stück was zitieren. Ich möchte gleich mit dem Positiven beginnen, es ist die Entwicklung, die Steuereinnahmen lagen im Jahr 1999 mit 141 Millionen auf einem historischen Höchstwert und es ist heuer gelungen, im Jahr 2007 mit 143,7 Millionen Euro erstmals den Spitzenwert 1999 zu überschreiten. Das Gleiche gilt auch für die Ertragsanteile aus dem gemeinschaftlichen Budget Ausgaben, sie erreichten mit 2007 einen Spitzenwert von 213,1 Millionen Euro und liegen damit konjunkturbedingt über dem historischen Spitzenwert. Der höchste Wert in der jüngsten Vergangenheit war 2001 und hat damals 205,7 Millionen Euro erreicht. Das jetzt nur zur Eingabenseite her, dann komme ich schon zur Conclusio, die der Stadtrechnungshof festgestellt hat in seinem Stück. Auch nur ein paar Highlights aus dieser Zusammenfassung: Trotz der in den beiden Vorkapiteln positiv erscheinende Vertragslage des Jahres 2007 ist aus mehreren Gründen keinesfalls von einer Entspannung der Lage des städtischen Gesamthaushaltes auszugehen. Jetzt werde ich mir erlauben ein paar Punkte aufzuzählen: Die Einnahmesteigerungen aus Steuern, Ertragsanteilen und Gebühren waren im Jahr

2007 im Vergleich zu 2006 im hohen Maße konjunkturell bedingt und es mehren sich die Anzeichen dafür, dass diese Entwicklung sowohl aus konjunkturellen Gründen als auch Gründen der bevorstehenden Senkung der Bundessteuer nicht nachhaltig sind. Von einem Rückgang der Steuereinnahmen und Einnahmen aus den Ertragsanteilen ist auszugehen, auch wenn durch einen günstigen Berechnungsmodus im Bereich der Ertragsanteile positive Effekte eingeplant sind. Zu verweisen ist für die Beteiligung nur auf das Jahr 2007 außerordentlich günstige Erträge im Energieversorgungsbereich, die 2008 nicht mehr in dieser Höhe zu erwarten sind. Im Bereich der gesetzlichen Sozialaufwandes sowie der Pflichtausgaben für Schulen und Kinderbetreuung ist nach wie vor von einem exzessiven Ausgabenwachstum auszugehen. So sind bereits im Übergang von 2007 auf 2008 Steigerungen der Nettoausgaben im Sozialbereich, Behindertenhilfe, Sozialhilfe, Heimpflege von 3,5 Millionen Euro ohne Berücksichtigung der voraussichtlich auch 2009 wirksam werdende Effekte aus dem Wegfall des Rückkostenersatzes für Heimpflege sowie im Bereich der Jugendwohlfahrt und Kinderbetreuung eine Eckwerterhöhung von 3,4 Millionen gemeldet. Der städtische Haushalt wird in den kommenden Jahren durch Ausgleichszahlungen der Graz AG aus der Rückübertragung der Pensionslasten mit jährlich brutto 34 Millionen Euro auf fünf Jahre entlastet, demgegenüber werden die laufenden Pensionszahlungen aus dem städtischen Haushalt um 12 Millionen Euro steigen. Zudem dürfte die Zinsbelastung der Graz AG durch den Entzug der Liquidität nachhaltig steigen. Im kommenden Jahr werden die bereits beschlossenen und in Umsetzung befindlichen AOG-Maßnahmen für Fremdmittelaufnahme zu finanzieren sein und wird aus diesem Grund die Zinsbelastung steigen. Darüber hinaus ist die Ergebnisverbesserung gegenüber 2006 teilweise auf periodische Einflüsse gegenüber 2006, geringere Leistungsentgelte und Kapitalzuschüsse an die Wirtschaftsbetriebe, GGZ keine Zahlungen aus dem Titel Taktfahrplan zurückzuführen. Ich darf nun den Antrag stellen, auf Grund der Prüfungsfeststellung des Stadtrechnungshofes zum Bericht über die Vorprüfung des Rechnungsabschlusses 2007 und den stattgefundenen Beratungen des Kontrollausschusses wird folgender Antrag gestellt: Der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses, einschließlich der Vorschläge zur Beseitigung der aufgezeigten Mängel, gemäß § 67 Abs. 5 des Statutes der Stadt Graz zur Kenntnis nehmen. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses, einschließlich der Vorschläge zur Beseitigung der aufgezeigten Mängel, gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

GRin. **Bergmann**: Ich möchte hier nicht inhaltlich Stellung nehmen, sondern ich möchte mich auch hier bei den Mitarbeitern des Stadtrechnungshofes und bei den Mitarbeitern der Finanzdirektion recht herzlich bedanken, denn es ist eine Riesearbeit, das Gesamtwerk aufzubereiten und so kurz und prägnant und doch übersichtlich uns darzulegen. Danke (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also, ich möchte es natürlich auch kurz machen. Ich glaube, dass der Rechnungsabschluss 2007 und auch die Prüfung des Rechnungsabschlusses ergeben hat, dass die Maßnahmen, die gesetzt wurden am Sanierungsweg durchaus gegriffen haben und auch sehr gute Ergebnisse gezeitigt haben. Es hat sich insgesamt, und auch das lässt sich aus dem Vermögensstand ablesen und aus der Darlehensentwicklung ablesen, der Gesamtverschuldungsgrad im Jahr 2007 reduziert, sowohl der konsolidierte als auch der kamerale, was also all jenen, die gerne behaupten, es wären immer mehr Schulden geworden zumindest insoferne widerspricht, als wir zwar tatsächlich in der vergangenen Periode am Sanierungsweg Schulden aufnehmen mussten, das ist ohnehin bekannt und viel besprochen worden, es aber gelungen ist, im Jahr 2007 eine Trendwende herbeizuführen. Dass diese Trendwende nicht von dauernder Substanz war, war uns schon im Jahr 2007, auch bei der Budgeterstellung 2007, klar, natürlich haben wir unter anderem auch von der Konjunktorentwicklung im Jahr 2007 profitiert, so wie es auch heuer der Fall sein wird, wir werden auch im Jahr 2008 von der Konjunktorentwicklung profitieren, was erfreulicherweise dazu geführt hat, dass die im Voranschlag vorgesehenen Zahlenabgänge, Einnahmen usw. bei weitem in vielen Bereichen besser ausgegangen sind, als der Voranschlag es eben erwarten ließ, das

alles ist erfreulich. Es zeigt aber meiner Meinung nach auch, dass wir einen technisch korrekten und richtigen Weg eingeschlagen haben. Ich bin damit zufrieden und sehe das auch als einen für mich und für die Stadt Graz erfreulichen Abschluss der vergangenen Anstrengungen, der Budgetsanierungsanstrengungen, der vergangenen Periode. Ich bin dem Herrn Rechnungshofdirektor sehr dankbar für die Begleitung, vieles, was an Vorschlägen aus dem Rechnungshof gekommen ist, hat auch Eingang in die Budgetpolitik der vergangenen Jahre gefunden. Ich bin überzeugt, dass das auch der jetzige Finanzreferent so fortführt und fortführen wird mit gutem Grund, ich möchte mich bei der Gelegenheit aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzdirektion, allen voran dem Finanzdirektor, herzlich bedanken, die diesen Weg sehr konsequent und mit großer Anstrengung und Akribie begleitet haben. Sozusagen heute für mich der letzte Akt in meiner Funktion als Finanzreferent, den ich in diesem Fall und auf Grund dieses Berichtes durchaus mit zwei lachenden Augen kommentieren darf. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

*Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.*

**Berichterstatter: StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüsç**

2) A 8 – 21668/2007-1

Landeshauptstadt Graz,  
Rechnungsabschluss 2007

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsç**: Hoher Gemeinderat! Ich denke, nachdem der Kontrollbericht über den Rechnungsabschluss schon genehmigt wurde, wird, so denke ich, der Rechnungsabschluss wohl auch genehmigt werden. Klar ist, dass an meiner Stelle hier eigentlich auch hier mein Vorgänger stehen sollte, denn er hat diesen Rechnungsabschluss zu verantworten. Aber falls meine Interpretationen ihm nicht ganz genehm sind, hat er dann noch Gelegenheit, hier korrigierend sich zu Wort zu melden. Ich möchte gerne beginnen mit dem ersten Satz von diesem Stück, der im Wesentlichen bestätigt, was wir vorhin schon gehört haben: Erstmals seit Jahren konnte der konsolidierte Schuldenstand gegenüber dem Vorjahr stabil gehalten werden. Das Ziel „Stopp der Neuverschuldung“, welches zu Beginn des

Budgetkonsolidierungspfades 2004 mit dem Jahr 2010 angepeilt worden war, wurde somit bereits um drei Jahre früher erreicht, so weit so gut. Meine Ausführungen setzen dort an, dass das Jahr 2007 ein ganz spezielles Sonderjahr war und dass es uns weiterhin lehrt, dass wir die Budgetkonsolidierung sicherlich nicht auf ein Jahr abstellen dürfen, sondern dass es immer um eine Periode geht, in der Ziele erfüllt werden müssen, ansonsten laufen wir einfach Gefahr, dass es, wie gesagt, um Einmaleffekte sich handelt. Die Darstellung, so wie ich sie gegeben habe, ist korrekt. Was versteckt sich hinter diesem Ergebnis „Stopp der Neuverschuldung“ etwa? Wir haben, obwohl wir keine neuen Finanzschulden, darüber haben wir sehr lange diskutiert im Finanzausschuss, obwohl wir keine neuen Finanzschulden aufgenommen haben, trotzdem im Jahr 2007 einen Abgang aus der laufenden und aus der Vermögensgebarung in Höhe von zirka 20 Millionen Euro gehabt. Wesentlich ist jedoch, dass dieser Abgang nicht über Verschuldung gedeckt wurde, sondern damals noch im Jahr 2007 über Rücklagenauflösung, im Wesentlichen über Rücklagenauflösung gedeckt werden konnte. Rücklagenauflösung ist ebenfalls eine Finanztransaktion, aber eben keine Schuldenaufnahme. Zum Zweiten ist zu bemerken, was der Kollege Riedler schon vorhin genannt hat, nämlich dass uns die Hochkonjunktur um zirka 18 Millionen Euro mehr Einnahmen, als veranschlagt, beschert hat. Durchaus positiv zu erwähnen, dass zu diesem guten Ergebnis, wie dargestellt, durchaus auch eine über Eckwerte gesteuerte Ausgabenpolitik beigetragen hat. Ein weiteres wichtiges Ergebnis, und an dieser Stelle kommt erstmals ein großes Lob an die Finanzdirektion und hier speziell neben dem Finanzdirektor auch an den Herrn Pucher und an die Frau Mag. Amann (*allgemeiner Applaus*), das Liquiditätsmanagement ist im Laufe der letzten Jahre ganz massiv verbessert worden mit dem Cash-Management und mit der Gesellschaft für Unternehmensfinanzierung, sodass eben auch hier ein Beitrag geleistet werden konnte um diese 20 Millionen Abgang letztlich auch zu finanzieren. Der vierte Grund, wieso das Ergebnis so gut ist, ist ein eher betrüblicher Grund aus meiner Sicht, und zwar ist es deshalb, weil letztlich um 25 Millionen Euro im Jahr 2007 weniger investiert wurde als geplant. Dafür wiederum bin ich verantwortlich, hauptsächlich, dass ist meine Verantwortung noch im Jahr 2007 gewesen und ich darf an dieser Stelle sagen, nachdem wir wissen, wie schwierig Projekte umzusetzen sind auf Grund von Bürgerbeteiligungen, Bezirksdemokratie, auf Grund von Grundstücksbeschaffenheit, Behördenverfahren, denke ich, müssen wir uns darauf

einstellen, dass wir die Raten, die wir in der ersten Hälfte etwa von 2000 bis 2005 umgesetzt haben, in Hinkunft nur mehr ganz, ganz schwer umsetzen können, damit ist auch das Investitionsbudget betroffen. Ein weiterer Grund war, wieso wir nur 20 Millionen Euro Abgang hatten, dass wir im Jahr 2007 keine Zahlungen an die GVB geleistet haben, wir haben im Jahr 2008 45 Millionen Euro über den neu abgeschlossenen Verkehrsdienstvertrag bezahlt und 2009 werden es sogar 51 Millionen sein. Das sind Gründe, die ganz klar dafür sprechen, dass es sich 2007 um ein Sonderjahr gehandelt hat, nichtsdestotrotz soll das Ergebnis hervorgehoben werden. Wir haben nach wie vor in wichtigen städtischen Bereichen, vor allem im Sozialbereich, Behindertenbereich, im Bereich der Alten- und Kinderbetreuung, aber auch im Bereich der Schulpolitik und der Nachmittagsbetreuung einen riesengroßen Bedarf an zusätzlicher Budgetkonsolidierung. Die neue Stadtregierung hat deshalb geänderte strategische Zielsetzungen im Sommer 2008 erarbeitet, sie sind auch mit Gemeinderatsbeschluss hier sanktioniert, die im Rahmen der gesamten Reduzierung der Schulden und der Reduzierung der Neuverschuldung den Focus speziell auf einen ausgeglichenen Saldo der laufenden Gebarung legt und zwar mit Blickrichtung auf den Zeitraum 2012 bis 2015 und zum Zweiten um die disziplinierte Einhaltung (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) des neu beschlossenen Investitionsrahmens von 2011 bis 2015. Ich habe durchaus auch in Anbetracht der erwarteten späten Stunde, zu der wir diesen Rechnungsabschluss diskutieren, einige wenige, aber doch einige Darstellungen, einige graphische Darstellungen vorbereitet, die ich nun bitte zu zeigen. Die erste Darstellung ist für den Zeitraum 2002 bis 2007, das Gesamtbudgetvolumen, vom Jahr 2002 abgesehen, bewegt sich das ziemlich einheitlich um einen Mittelwert, das heißt, das Jahr 2007 lag hier durchaus im gleich bleibenden Trend; was hier eben auch wiederum ablesbar ist und was hier zu erwähnen ist, dass das Budgetvolumen im Jahr 2007 viel höher geschätzt wurde, aber vor allem durch die AOG-Umsetzung, die im Jahr 2006 schon nur mehr 59 %, im Jahr 2007 aber dann nur noch 52 % betragen hat, eben gesunken ist. Das sind die 25 Millionen Euro, die ich vorhin genannt habe, die wir im Jahr 2007, weniger ausgegeben haben als geplant. Im nächsten Bild sehen Sie besonders gut den Einfluss und die Auswirkungen des Hochkonjunkturjahres 2007 und zwar ist das vor allem ablesbar am roten Balken, das sind die Ertragsanteile, die um einen zweistelligen Millionenbetrag die Schätzung überstiegen haben, gemeinsam dann mit dem Anstieg der Kommunalsteuer, der ebenfalls gegen dem Trend war, weit über

dem Trend, sind, wie gesagt, um insgesamt 18 Millionen Euro Mehreinnahmen als geplant gekommen. In der nächsten Darstellung ist der Saldo der laufenden Gebarung dargelegt, wir sind im Jahr 2007 wiederum beim Niveau 2002 gelandet, haben dazwischen eine Zeit mit sehr hohen Abgängen in der laufenden Gebarung durchschritten, die Spitze im Jahr 2004 und 2005 mit über 55 Millionen Euro, aber ich weise darauf hin, es ist auch 2007 noch nicht gelungen, diese laufende Gebarung auszugleichen. Es ist eben das, so wie wir das für 2008 eben sehr plastisch dargestellt haben, dass wir immer noch pro Stunde um 4.300 Euro mehr ausgeben in der laufenden Gebarung als wir einnehmen, das heißt also, dass wir mit unseren Steuereinnahmen und anderen Abgaben, die in der laufenden Gebarung drinnen sind, nach wie vor die laufenden Ausgaben nicht bedecken können. Hier haben Sie das Einzelergebnis, das erfordert große Aufmerksamkeit, um hier diese Zahlen im Kopf zu behalten, ich darf vielleicht auch die Gesamtzahl geben, es wurde vorher schon genannt, dass auch die laufenden Ausgaben gestiegen sind von 2006 auf 2007 um 28 Millionen Euro, aber die laufenden Einnahmen auf Grund der Hochkonjunktur und der Steigerung bei den Abgaben, bei den Ertragsanteilen, viel stärker, nämlich von 586 auf 649 Millionen Euro. Wir haben übrigens, das nur zur Information, im heurigen Jahr nach wie vor mit einer guten Entwicklung der Ertragsanteile zu rechnen, soweit das bisher abschätzbar ist, und es ist schon sehr weit abschätzbar, wir müssen aber unter Umständen durchaus im nächsten Jahr mit einem Einbruch bei den Ertragsanteilen rechnen. Diejenigen Institute, die Prognosen machen, sind sich noch nicht einig, aber wir müssen uns jedenfalls darauf einstellen, dass im nächsten Jahr die Wirtschaftskrise jedenfalls spürbar wird. Das nächste Bild zeigt das Maastrichtergebnis mit einem klaren Ausreißer im Jahr 2006, im Jahr 2006 gab es ein Immobilienpaket in der Höhe von 81 Millionen Euro, das sich positiv auf das Maastrichtergebnis niederschlägt, im Jahr 2007 war dieser Saldo wieder leicht negativ, nachdem die Möglichkeiten, über Immobilienpakete, über diesen Verkauf Einnahmen in der laufenden Gebarung sich zu verschaffen, inzwischen sehr stark eingeschränkt sind, wird unter anderem deswegen das Maastrichtergebnis 2008 um einiges negativer erwartet, also in einem bedeutend größeren negativen Wert als 2007. Das letzte Schaubild ist der konsolidierte Schuldenstand, der, denke ich, für den Bedarf der Budgetkonsolidierung sehr, sehr aussagekräftig ist. Zunächst einmal wieder hervorgehoben, Sie sehen, dass von 2006 auf 2007, das was erwähnt wurde, nicht nur der kamerale, sondern auch der konsolidierte Schuldenstand sich leicht

verringert hat. Ich darf übrigens an dieser Stelle auch den speziellen Dank an den Rechnungshof und den Rechnungshofdirektor ausrichten, weil er neben der Finanzdirektion ganz massiv für die konsolidierte Darstellung sich immer wieder einsetzt. Ich denke, das ist auch die richtige Strategie, vergessen wir nicht, dass wir ungefähr die Hälfte der Aktivitäten, die wir von Seiten der Stadt Graz haben, bereits in Gesellschaften ausgegliedert haben, die größtenteils zu 100 % der Stadt Graz gehören. Das heißt wenn wir in Hinkunft von der Stadt Graz reden, haben wir den Begriff des Hauses der Stadt Graz eingeführt und wir meinen mit dem Hause nicht nur den kameralen Teil, was die Budgetierung betrifft, sondern auch alle ausgegliederten Gesellschaften, und sie sind eben für die Analyse und für die Interpretation des Budgets sehr wichtig. Also das Ergebnis von 2006 auf 2007 mit einem leicht reduzierten Stand, was uns natürlich besondere Sorge macht, das ist, das wir, von diesem Jahr abgesehen, während der gesamten letzten Periode, nämlich von 2002 bis 2006, schon eine sehr bemerkenswerte Ausweitung des konsolidierten Schuldenstandes haben, dahinter stecken die Immobilienpakete, dahinter stecken auch Leasingverträge, die wir abgeschlossen haben, sodass eben dieser konsolidierte Schuldenstand von zirka 590 Millionen Euro auf zirka 950 Millionen Euro gestiegen ist, das ist ein Anstieg um über 60 %. Das heißt, wir haben trotz der nicht zu verleugnenden Erfolge im Laufe der letzten Gemeinderatsperiode eben zwei wichtige Ziele nicht geschafft: Die laufende Gebarung ist nach wie vor negativ und der konsolidierte Schuldenstand ist in Summe sehr, sehr stark gestiegen. Das ist aus meiner Sicht die Überleitung für die Aufgaben und für die Schwerpunkte im Laufe der nächsten Jahre, ich habe Sie ihnen genannt, ich darf ebenfalls abschließen mit einem allgemeinen Dank an alle Beteiligten, speziell an den Finanzdirektor mit seiner Mannschaft für die Budgettätigkeit, in diesem Zusammenhang eben für die Erstellung des Rechnungsabschlusses, selbstverständlich auch den Rechnungshof und ich bitte um Annahme des Rechnungsabschlusses 2008 (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 96 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 13071967 i.d.F. LGBl. 41/2008 beschließen:

1. Der Rechnungsabschluss der Landeshauptstadt Graz der Ordentlichen und der Außerordentlichen Gebarung für das Jahr 2007 wird genehmigt.
2. Die Überschreitung der im Motivenbericht angeführten Konten wird nachträglich beschlossen.
3. Die gemäß § 27 der Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt für die Beamten der Landeshauptstadt Graz über die entsprechenden Reservefonds abgewickelten Wirtschaftserfolge des Haushaltsjahres 2007, das sind die Soll-Überschüsse

des Betriebsfonds für Pflichtleistungen von € 188.041,42

des Fonds für Erweiterte Heilbehandlung von € 134.152,95

und

des Fonds für zusätzliche Leistungen von € 98.324,05

werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

***Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.***

**Berichterstatter: GR. Schneider**

3) Präs. 40336/2008-1

Informationsbericht zum Menschen-  
rechtsbericht der Stadt Graz 2007

GR. **Schneider**: Hoher Gemeinderat! Im April 2007 hat der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz seine Arbeit begonnen. Die Erstellung des Menschenrechtsberichtes ist eine der wichtigsten Aufgaben des Beirates und soll in Zukunft regelmäßig erfolgen. Dem nun vorliegenden Bericht wurde eine gesamtheitliche Sicht der Menschenrechte, also die bürgerlich-politische sowie die wirtschaftliche, soziale und die kulturelle, zugrund gelegt. Im Bericht enthalten sind sowohl Best-practise-Beispiele als auch neue Ideen und Kritik. Etliche der Vorschläge können nicht im

Wirkungsbereich der Stadt Graz umgesetzt werden, sondern richten sich auch an den Bund und/oder das Land Steiermark. Soweit Anregungen den Zuständigkeitsbereich der Stadt Graz betreffen, werden die Möglichkeiten der Umsetzung geprüft. Ich erlaube mir, kurz auch den Inhalt des Menschenrechtsberichtes zu skizzieren. Da wurde entlang der Artikel der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die Situation in Graz beobachtet und das eben nicht nur anhand der bürgerlich-politischen Rechte, sondern eben auch an wirtschaftlichen und sozialen. Zum Beispiel die Wohnsituation und die Umweltsituation auch in unserer Stadt. Evaluiert wurden weiterhin drei wichtige Maßnahmen der Vergangenheit, nämlich die Menschenrechtserklärung der Stadt Graz, das Zehn-Punkte-Programm gegen Rassismus und das Aktionsprogramm zur Umsetzung der Menschenrechtsstadt Graz. Die Schwerpunkte 2007 im Bericht waren die Armutsgefährdung, die Islamophobie und Rassismus in Graz. Besonders interessant, Sie können sich den Menschenrechtsbericht auch im Intranet abrufen, besonders interessant, falls Sie ihn nicht schon gelesen haben, sich den hinteren Teil anzuschauen, wo auch konkrete Maßnahmen vorgeschlagen werden, die als nötig befunden sind, genauer angeschaut und für die Stadt Graz operationalisiert zu werden. Da ist die Rede, ich gebe auch hier nur einen kurzen Auszug daraus (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*), zum Beispiel einen Armutsbericht für Graz anzufertigen in Zukunft. Über die Stadtplanung Freiräume besonders für Jugendliche herzustellen, das Angebot an Gemeindewohnungen zu erhöhen, einen interreligiösen Dialog zu führen, mehr familienrechtliche Beratungsstellen zu errichten, Gewaltprävention und Konfliktmanagement in vielen Bereichen durchzuführen, die unabhängige Frauenbeauftragte wird als sehr wichtig angesehen und als nötig für die Stadt sowie eine Ombudsstelle gegen Diskriminierung und das ist, wie gesagt, nur ein Auszug aus den Maßnahmen, die im Menschenrechtsbericht dringend unserer Stadt empfohlen werden. Ich darf schließen, indem ich für den Ausschuss für Integration, Menschenrechte und internationale Beziehungen den Antrag stelle, der Gemeinderat wolle den beiliegenden Menschenrechtsbericht der Stadt Graz 2007 zur Kenntnis nehmen. Danke (*Applaus Grüne und ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Integration, Menschenrechte und internationale Beziehungen den Antrag, der Gemeinderat wolle den beiliegenden Menschenrechtsbericht der Stadt Graz 2007 zur Kenntnis nehmen.

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist so etwas wie ein kleiner historischer Augenblick, in der ersten europäischen Menschenrechtsstadt den ersten Menschenrechtsbericht der Stadt heute im Gemeinderat zur Vorlage zu sehen, weil ich glaube, das ist eine sehr beachtliche Leistung, auf die wir stolz sein dürfen alle miteinander. Der herzliche Dank gebührt Prof. Benedek, seinem Mitarbeiter Klaus Stadl, allen Mitgliedern des Menschenrechtsbeirates, all jenen, die aktiv auch durch ihre Ein- und Beiträge zu diesem Bericht beigetragen haben, insbesondere gab es auch die Möglichkeit, dass Einzelpersonen, aber auch die Klubs, sich zum Teil mit ihren konkreten Forderungen und Einbringungen wiedersehen in diesem Bericht. Ich finde das sehr beachtlich, wollte, weil du ja darauf hingewiesen hast auf eine Punktation, einen Forderungskatalog, der uns in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren noch beschäftigen und begleiten wird, nämlich ständige Aufforderung, ein Auftrag zum Handeln ist dieser Bericht, ein Auftrag zum Handeln an die Verwaltung, an die Politik, an alle gesellschaftlichen Kreise in dieser Stadt, wir müssen den alltäglichen Rassismus abbauen, wir müssen ein Mehr an Zivilcourage erreichen, wir müssen jene NGOs und jene Institutionen stärken, die die Zivilgesellschaft ausmachen in dieser Stadt. Thomas Rajakovics lächelt mich freudig an. Weil du erwähnt hast den Armutsbericht, es entspannte sich auf Grund dieser Forderung im Kapitel 7/1 ein kurzer Disput zwischen der Sozialstadträtin und dem Vorsitzenden des Menschenrechtsbeirates, der dann doch festhielt, wie wichtig es ist, und ich sehe schon in ersten Reaktionen, dass so etwas wie eine politische Prioritätensetzung auch auf den Menschenrechtsbericht bezogen sich jetzt einzustellen beginnt. Ich denke, auch eine menschenrechtsorientierte Budgetplanung werden wir durchaus mit Freude entgegennehmen dürfen, wenn wir ihn sehen, aber das ist eine dringende Forderung. Bei der letzten Sitzung des Menschenrechtsbeirates habe ich das sehr toll gefunden, dass wir in einer kleinen Klausur, so in einer Art Workshop Open-Space-Charakter, Mitglieder des Menschenrechtsbeirates unter Begleitung auch der

Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der Stadt an so etwas wie einer praktischen Umsetzung begonnen haben zu arbeiten, wie wir diesen Bericht in seinen konkreten Forderungskatalog auch beginnen umzusetzen und was unsere Wunschziele sind. Unsere Wunschziele sind, dass es einen Wahlkampf 2013 geben möge, wo es selbstverständlich ist, auf rassistische Äußerungen, menschenrechtsverletzende Äußerungen zu verzichten aus einer Selbstverständlichkeit heraus. Nicht nur, weil wir überzeugt sind oder weil politische Konkurrenten davon überzeugt sind, sondern weil es eine starke Zivilgesellschaft, eine starke Bewegung in der Stadt Graz selbst gibt von den Bürgerinnen und Bürgern, dass das gar nicht mehr sozusagen akzeptabel mehr in Zukunft ist. Ich glaube, das sind die grundsätzlichen Forderungen, die ich oder wir daraus ziehen. In diesem Sinne stimmen wir gerne zu, das ist eine tolle Leistung und ein toller Augenblick, dem wir heute entgegensehen (*Applaus ÖVP, SPÖ, KPÖ und Grüne*).

GR. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Graz ist Menschenrechtsstadt, ein Titel, der messbar sein muss und der politisches Handeln nach sich zieht und dieser Menschenrechtsbericht, der erste, der eine Grundlage dafür, und ich möchte mich auch bedanken bei der Arbeitsgruppe des Menschenrechtsbeirates, der von Klaus Stadl koordiniert worden ist und ich finde, dass dieser Bericht sehr viele Ansatzpunkte bietet und möchte nur eine Empfehlung daraus zitieren, und zwar zum Bereich Wohnen, und da steht, da die hohen Mieten auf dem freien Markt für immer mehr Menschen nicht mehr leistbar sind, ist die Stadt Graz gefordert, ihr Gemeindewohnungsangebot noch mehr zu vergrößern. Also diese Empfehlung ist mir sehr, sehr wichtig und als KPÖ ist es für uns irgendwie der Ansatzpunkt, wo immer wieder Forderungen formuliert werden und das aktuelle, das Sonderwohnbauprogramm eingebracht war als Wunsch, also der Bau von mehr Gemeindewohnungen auf Kasernengrund ist ein ganz, ganz wichtiger Ansatzpunkt, den wir auch tatsächlich umsetzen müssen, denn es hat sich gezeigt, dass in diesem Jahr die Ansuchen für Gemeindewohnungen ziemlich angestiegen sind. Waren sie zu Beginn 2008 1.400 Ansuchen, und jetzt mit Jahresende sind es bereits 1.649 und dazu kommen noch 250 Fälle, die in Bearbeitung sind und man muss dazu sagen, auch die Situation bei den Notunterkünften ist ziemlich prekär und

so gibt es zum Beispiel im städtischen Männerwohnheim seit Monaten eine Aufnahmesperre. Also wichtig ist es, den kommunalen Wohnbau anzukurbeln und leistbaren Wohnraum zu schaffen und das muss eben ein wichtiger Bestandteil sein, also eine Maßnahme (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), die wir gemeinsam in unserer Stadt umsetzen müssen. Deshalb finde ich, sollten wir dem Menschenrechtsbericht in vielen seinen Empfehlungen folgen und das tatsächlich politische in Praxis dann münden lassen. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. **Sippel:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der Menschenrechtsbericht, ein Sorgenkind von uns Freiheitlichen. Ich möchte eingangs erwähnen, dass es grundsätzlich zu begrüßen ist, dass eine Menschenrechtsstadt wie Graz auch einen Menschenrechtsbericht jetzt vorliegen hat, aber hinsichtlich seiner Empfehlungen, die auch vorher gerade von meinen Vorrednern angesprochen worden sind, und der Ergebnisse kann auch von uns Freiheitlichen nicht ohne weiteres hingenommen werden. Nach genauer Durchsicht kann man sagen an dieser Stelle, dass wir uns ganz einfach eine differenziertere Betrachtungsweise erwarten, auch es wird ja nächstes Jahr oder in zwei Jahren, je nachdem, wieder einen Menschenrechtsbericht geben und da wollen wir an dieser Stelle auch Einfluss nehmen und vielleicht dieser Sichtweise eine differenziertere Betrachtungsweise einfordern. Am ersten Eindruck behandelt der Bericht in überproportionaler Weise menschenrechtliche Belange von Migranten. Wo erfährt man etwas über die Menschenrechte der Österreicher, der Inländer? Über die Diskriminierung und Rassismus gegen Einheimische, mit deren Sorgen wir auch tagtäglich konfrontiert sind, hört man kein Wort. Ich möchte Ihnen ein Beispiel bringen aus Wien, dort haben unsere Kollegen von der freiheitlichen Partei eine Stelle zur Beobachtung von Inländerfeindlichkeit ins Leben gerufen. Sie lachen, aber ich kann Ihnen einen ganzen Katalog an Dokumentationen bringen, wo das auch wirklich und tatsächlich vorkommt und da lese ich nichts im Menschenrechtsbeirat darüber und das ist auch in Graz vorhanden. Bereits über tausend dokumentierte Fälle sind von dieser Beobachtungsstelle festgehalten, die eine Ungleichbehandlung Österreichern gegenüber aufzeigt und es ist festzustellen, dass die Fälle, in denen Österreicher von Ausländern und auch seitens der Behörden

diskriminiert werden stark im Steigen begriffen ist. Übrigens viele Opfer dieser Inländerdiskriminierung sind vor allem Frauen, dafür habe ich auch unzählige Beispiele für Sie parat. Wir halten zwar heute den Menschenrechtsbericht in Händen, der uns klar aufzeigt, welche Arten von Diskriminierung, Islamophobie und Rassismus es gegenüber Ausländern gibt, aber nicht mit einem einzigen Wort Inländerfeindlichkeit festhält. Heute sind zahlreiche Österreicher Menschen zweiter Klasse im eigenen Land geworden, es gibt eine Schieflage im Bereich der Gleichbehandlung zwischen Zuwanderern und Österreichern, diese müssen ebenfalls im Sinne der Menschenrechte dokumentiert und aufgezeigt werden (*Applaus FPÖ*). Was ich aber in diesem Menschenrechtsbericht aufs Schärfste zurückweise, das ist, dass der von uns behandelte Themenbereich, nicht nur im Wahlkampf, allgemein einzig auf Hass, Hetze, Diskriminierung, Missgunst und Rassismus reduziert werden, das greift zu kurz, meine Damen und Herren, und das ist so für uns nicht annehmbar (*Applaus FPÖ*). Und hier wird auch, wenn man zwischen den Zeilen liest, mit einem Vorwand uns gegenüber operiert, es geht Ihnen nicht und in Wirklichkeit um einzelne Slogans oder Passagen, und da sind wir durchaus bereit auch in Zukunft, eine gewisse Sensibilität diesbezüglich auch an den Tag zu legen, nein, es geht Ihnen darum, unsere für Sie unliebsamen Inhalte aus dem Weg zu räumen und da spielen wir sicher nicht mit (*Applaus FPÖ*). Es muss erlaubt sein, im Sinne der freien Meinungsäußerung, die ebenso ein Menschenrecht darstellt, auch Zuwanderer zu kritisieren und in die Pflicht zu nehmen und von ihnen auch Integration einzufordern.

### ***Zwischenruf unverständlich.***

GR. **Sippel:** Passiert aber nicht in diesem Menschenrechtsbericht und das ist das Problem, was ich hier aufzeigen will. Und wenn man lesen muss in diesem Bericht, dass Österreich zu einem Zuwanderungsland deklariert werden soll und Graz eine Zuwandererstadt werden soll, da verwehren wir uns dagegen, und auch diese Sicht der Dinge muss erlaubt sein. Der Menschenrechtsbericht beschuldigt uns, wie auch

das BZÖ übrigens, massive islamfeindliche Stimmung erzeugt zu haben, um, wie es da drinnen steht, politisches Kleingeld zu machen und was ich persönlich ungeheuerlich finde und dieser Konnex ist unseriös und auch nicht belegbar, dass Bezug nehmend auf unseren Wahlkampf auch deswegen Straftaten sowie Übergriffe auf Muslime die Folge gewesen wären, also das ist wirklich ungeheuerlich und das ist eine Unterstellung, die so nicht haltbar ist. Ich trete dieser Beschuldigung im Namen meiner Fraktion entschieden entgegen, ich verwehre mich auch dagegen, dass wir eine pauschale Abwertung von Muslimen betrieben hätten, wie es im Menschenrechtsbeirat drinnen steht, wir, das möchte ich an dieser Stelle sagen, schauen uns halt anscheinend etwas genauer das Weltbild und die Intention des Islams an, der mit vielen, und ich habe mir da einige Dinge aus dem Koran auch angeschaut, mit denen ich Sie jetzt nicht konfrontieren möchte, die im Widerspruch stehen zu den Menschenrechten und die auch mit den Zuwanderern zum Teil in unsere, in die Aufnahme, in die Gesellschaft importiert werden. Und es muss legitim sein und es darf nicht als Islamophobie wie im Menschenrechtsbericht abgetan werden, diese Sachverhalte kritisch und auch offen anzusprechen (*Applaus FPÖ*). Und wir Freiheitliche werden auch weiter in die Debatte einbringen, dass das Symbol dieser Religion, die den Glauben, die Lehre und das Recht in vielen Bereichen auch vermischt, die Moschee ist mit dem Minarett und wir sehen das, und da geben uns einige Experten diesbezüglich auch Recht als Sinnbild und Zeichen des Sieges des Islam gegenüber dem Christentum, und der Menschenrechtsbericht und wie wir auch schon des Öfteren von Ihnen gehört haben, Sie treten ja auch für den Bau einer Moschee ein...

***Zwischenruf StRin. Kahr: Was hat das Menschenrecht mit der Moschee zu tun?***

GR. **Sippel:** Das sind nicht zwei paar Schuhe, weil der Menschenrechtsbericht in einer Empfehlung den Bau einer Moschee vorsieht, und wir sehen das anders und werden deswegen in einer unseriösen Art und Weise angeprangert und das kann ich

so nicht im Raum stehen lassen. Auch der Verfassungsschutzbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung legt dar, dass Moscheen sowohl für Radikalisierung als auch für Rekrutierungsaktivitäten als begünstigende und prozessbeschleunigte Plattformen dienen. Und daher werden wir uns auch weiterhin nicht den Mund verbieten lassen und daher werden wir auch weiterhin, auch wenn der Menschenrechtsbericht das, aus unserer Sicht in dieser unqualifizierten Art und Weise, aussagt, es uns nicht nehmen lassen, gegen den Bau von Moscheen und Minaretten uns auszusprechen und wir nehmen hier die Sorgen und Ängste der Menschen ernst und werden keinen Deut von dieser Linie abweichen, das möchte ich hier auch einmal sagen (*Applaus FPÖ*). Auch zu finden im Menschenrechtsbericht ist das Beispiel des strukturellen Rassismus, wie es da drinnen heißt, hier wird die Forderung nach Abschiebung straffällig gewordener Ausländer als rassistisch angesehen. Und das ist doch relativ ernst zu nehmen, denn damit werden alle jene, die sich im Sinne eines demokratisch legitimierten Konsenses für die Rechtsstaatlichkeit einsetzen als Rassisten stigmatisiert und damit wird der Bericht zu einem Instrument, das dazu dient, gesetzestreue Bürger anzuprangern und damit wird in Wirklichkeit genau das vollzogen, was an sich verhindert werden soll, nämlich Diskriminierung und Segregation. Es gäbe noch viele Punkte, über die man an dieser Stelle breit diskutieren könnte und die aus unserer Sicht in undifferenzierter Weise in diesem Menschenrechtsbericht festgehalten sind. Meine Damen und Herren, solange hier Meinungen gegeneinander ausgespielt werden, mit dem Unterschied, dass die eine Meinung durch eine gewisse politische Korrektheit legitimiert ist, wodurch aber die andere Meinung nicht obsolet werden darf, kann es mit uns Freiheitlichen keinen Konsens geben, dessen Intention es nämlich sein müsste, Menschenrechte für alle und damit ein friedliches Miteinander zu schaffen und deshalb lehnen wir Freiheitlichen diesen Menschenrechtsbericht ab (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Wir diskutieren den Menschenrechtsbericht der Stadt Graz und ich habe die Aufregung vom Klubobmann Sippel jetzt im ersten Moment nicht verstanden, weil ich finde eigentlich nichts, wo man sich in dem Bericht in irgendeiner Weise aufregen könnte, denn er

strotzt nur so vor Unwahrheiten. Also wenn ich mich über deine publizierte Lüge auf einem Papier, das offensichtlich nicht einmal die Grammanzahl wert ist, auf dem es geschrieben ist, mich jetzt in irgendeiner Form aufpudeln oder aufregen würde, würde ich sagen, zuviel der Würdigung überhaupt eines Berichtes, der, und das möchte ich schon begründen, bestenfalls bei mir unter Tante Jolesch Eingang finden würde auch mit dem Umgang Tante Joleschs mit Kritik, nein, der zum Beispiel wie folgt schreibt, um auch zu erklären, was hier hinterfragenswert ist und was auch falsch ist. Seite 66, kommunalpolitische Aspekte: Waren die Gemeinderatsparteien und die islamische Glaubensgemeinschaft wie auch die christlichen Kirchen bislang um ein friedvolles Miteinander und um konsensuale Lösung bereits im Vorfeld möglicher Konflikte bemüht, wurde im Gemeinderatswahlkampf die latent islamfeindliche Stimmung von BZÖ und FPÖ etc., etc. Also ich weiß wirklich nicht, wo ich in dem Wahlkampf mit meinem Kandidaten Dipl.-Ing. Dr. Sabah Mohammed Al Yazdi, für den ich im Übrigen kritisiert wurde, eine islamfeindliche Haltung in irgendeiner Weise publiziert hätte, mir ist nichts bekannt. Dass ich mich selbstverständlich gegen einen Islamismus in seiner terroristischen Ausprägung gewehrt habe und mich auch in Zukunft wehren werde, ist vollkommen klar, wie ich mich auch in jede Richtung gegenüber jeder Glaubensgemeinschaft, und sei auch mein Christentum davon betroffen, an das ich glaube, wenn es einen gewalttätigen Weg geht, mich auch dagegen wehren werde. Aber dass man mir jetzt quasi vorwirft, islamfeindliche Haltung eingenommen zu haben, weil ich einen Muslimen bei mir auf der Gemeinderatsliste als Kandidat gehabt habe, empfinde ich als eine Frechheit, aber nicht nur das, es ist schlichtweg die Lüge. Und ich weiß nicht, wie es sich lebt, wenn man einen Bericht diskutiert, auf dem die offiziellen Logos der Stadt Graz drauf sind, der die gedruckte Lüge darstellt, der de facto auch nicht einmal den Titel Menschenrechtsbericht der Stadt Graz verdient. Und ich zitiere weiter Seite 71, und glauben Sie mir, ich weiß, was ich im Wahlkampf gesagt habe: Bedenklich ist, dass es von etwa zehn Prozent der Grazer Bevölkerung, und mit ihnen FPÖ und BZÖ, eine massive Kampagne gegen die in Graz auf der Straße um Hilfe bettelnden Roma aus der Slowakei gibt. Roma werden dabei als Schaden für die Gesellschaft insbesondere für die Wirtschaft bezeichnet. Im Zuge des Grazer Gemeinderatswahlkampfes wurden die Roma zudem als Mist, von dem die Stadt Graz gereinigt werden muss tituliert (Wahlplakat des BZÖ 2007). Ich habe in diesem ganzen Gemeinderatswahlkampf, wie auch im Übrigen im Laufe meiner gesamten

politischen Tätigkeit, noch nie die Diskussion über Roma und Sinti geführt, noch nie. Ich habe in diesem ganzen Gemeinderatswahlkampf auch das Wort Roma nicht in den Mund genommen, es gibt keine einzige Aussendung von mir diesbezüglich. Ich habe gesagt, ich bin gegen die organisierte Bettelkriminalität, ich bin dagegen, dass hilflose ältere Menschen oder junge Kinder auf die Straße mit dem nackten Hintern gesetzt werden, damit einige Hintermänner etwas verdienen; ja, ich habe Unterschriften dagegen gesammelt, ja, ich werde es wieder tun, ja ich habe das angeprangert, aber ich habe in dem ganzen Wahlkampf mich kein einziges Mal zumindest bei diesem Thema der organisierten Bettlerkriminalität über Roma und Sinti definiert. Ich finde es eine Sauerei, dass man mir noch mit einem Quellenvermerk (Wahlplakat des BZÖ 2007) es so quasi amtlich unterstellt, ja, er hat es getan, der Quellenvermerk ist da. Und daher kann ich diesen Menschenrechtsbericht nicht ernst nehmen, wenn er mir wissenschaftlich etwas suggeriert, wofür diesem Bericht die Basis fehlt, weil man einfach mit dem Schaum voller Aggressivität offensichtlich, ja, dem kann man eh noch alles unterstellen, das passt schon, das pfeffern wir noch ein bisschen an, damit es ja schön knackig ist, einfach über das Ziel schießt.

*Zwischenruf StRin. Kahr: Das kenne ich aber.*

GR. **Grosz:** Natürlich kennen Sie es, Frau Stadträtin, weil ich ja...lassen wir es. Aber das stimmt schlichtweg nicht. Und der Unterschied, und die Frau Stadträtin sagt zurecht auch, ok, ich arbeite vielleicht auch hin und wieder mit überzogenen Argumenten, möglicherweise von Ihnen als Unterstellung empfunden, von mir als überzogen, ok, aber ich bin nicht die Stadt Graz, das Amt, die Institution, die einen Bericht vorlegt und ihn durch den Gemeinderat beschließen lässt, ich bin ein politischer Mitbewerber, der im Gemeinderat manchmal für manche angenehm, für manche nicht angenehm überspitzt manchmal Dinge formuliert, für die ich zu Recht auch kritisiert werde und in keinster Weise wehleidig bin. Das strotzt auch nur so davon unter dem Sucus, dem Wahnsinnigen darf man nicht einmal die Hand geben.

Auch kein Problem, da sage ich, dass ist die subjektive Wertung, wie wird es empfunden, aber schlichtweg Unwahrheiten, und dann lese ich auf Seite 74 und das geht so weiter, ich will nur wirklich glaubhaft versichern, um ½ 11 nicht noch weiter hinauszögern, aber ein letztes Beispiel. Seite 74, klare rassistische Stimmungsmache beim BZÖ, die verteilten Materialien zu den „zur Säuberung Ausgerufenen“, so hätte ich suggeriert, in irgendeiner Form jemals gesagt, wir rufen jetzt zur Säuberung aus...

***Zwischenruf Bgm.-Stvin. Rücker: Wir säubern Graz.***

GR **Grosz**: Ja, dann soll man es zitieren anständig, dann soll man das Wahlplakat doch abdrucken, was da drinnen gestanden ist, aber nicht etwas verfälschen und suggerieren. Aber es kommt noch: ...Themenbereiche erstellen, einen eindeutigen ethnischen Zusammenhang mit den angeprangerten Verbrechen Drogendealer, Hautfarbe, Asylwerber, Autodiebstahl, polnische Herkunft, organisierte Kriminalität und Roma-Herkunft Bettelerei, dann kommt: Pressemitteilung vom 5. 11.2007 [www.wahlkampfbarometer-graz.at](http://www.wahlkampfbarometer-graz.at). Ich habe am 5.11 wie auch am 4.11., aber auch am 7.11. keine Presseaussendung ausnahmsweise, obwohl Wahlkampf war, zu diesem Thema abgegeben, zum Thema organisierte Bettlerkriminalität. Wie wohl ich noch einmal betone, in diesem gesamten Zeitraum, darüber hinaus auch in der Vergangenheit, mich noch nie in meinem Leben, und ich schwöre es Ihnen, in abfälliger Weise über Roma und Sinti geäußert habe, weil ich keinen Unterschied der Herkunft mache, auch wenn ich hergehe und ein Verbrechen anprangere. Für mich ist der Tatbestand im Mittelpunkt und nicht die Herkunft, die Herkunft vielleicht ja noch, aber nicht sein ethnischer Hintergrund, seine Zugehörigkeit zu Gemeinschaften etc. und daher ist dieser Menschenrechtsbericht eine Sauerei, weil er lügt und weil er eine Lüge noch dazu in Papier fasst. Nein, nicht unwahr, Lüge, schlichtweg die glatte Lüge und hiermit der glatten Lüge überführt und ich ersuche Sie, alle meine Aussendungen, sogar die Wahlkampfplakate, sogar die viel kritisierten Postkarten, alles, es ist alles nach wie vor auf [www.bzoe-graz.at](http://www.bzoe-graz.at) abrufbar. Man hätte gar nicht

18.000 Euro gebraucht, um das zu formulieren mit der nötigen Kritik, da braucht man keine wissenschaftliche Arbeit, die ein offizielles Statement suggeriert, das hätte man einfacher haben können und daher sage ich, wir werden dem Bericht nicht zustimmen, weil ich manifestiere nicht noch ein Lügengebäude. Es stehen sehr viele Dinge in dem Bericht drinnen, die durchaus richtig sind und daher verstehe ich nicht, wie ein Prof. Benedek, und wie sie alle heißen mögen, dann einen durchaus auch im sozialen Bereich kritischen Menschenrechtsbericht, der auch zu unterstützen ist, dadurch entwerten, indem man nicht einmal in der Lage ist, anständig zu zitieren, das ist des Menschenrechtsberichtes unwürdig, das ist der Menschenrechtsstadt Graz unwürdig und das ist auch Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, unwürdig, wenn Sie diese Papier heute beschließen. Ich danke Ihnen (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

**GR. Rajakovics:** Zu allererst möchte ich mich dem Dank, den der Karl-Heinz Herper auch allen, die hier mitgearbeitet haben im Menschenrechtsbeirat und letztlich auch an den Menschenrechtsbericht, mich anschließen, Faktum ist, dass es im Gesamten für Menschenrechtsarbeit mit allen Aussendungen, neun Sitzungen, an denen alle ehrenamtlich teilgenommen haben, inklusive dem Dr. Benedek, 18.000 Euro im Budget gibt, was nicht viel ist. Jedenfalls viel weniger als für vieles andere, was an Geld aufgewandt wird, das heißt, der Menschenrechtsbericht stellt eine Meinung dar eines Menschenrechtsbeirates, wo wir den Mut gehabt haben, Leute aus der Zivilgesellschaft zu bitten, dass sie sich zur Verfügung stellen, weil sie auf Grund ihrer Arbeit, weil sie von Kinder- und Jugendanwalt bis hin zur Gleichbehandlungsbeauftragten bis zum Oberlandesgerichtspräsidenten bis zum Vertreter der Exekutive, weil sie sich mit Menschenrechten in vielerlei Hinsicht beschäftigten und die ganzen sehr ehrenwerten Menschen, die wie immer in sehr leichtfertiger Weise vom Gerald Grosz gleich einmal heruntergemacht werden, aber es gibt halt nur so wenig Bedeutende, die so toll sind, wie du das ja alles immer richtig und perfekt machst, die sich da ehrenamtlich zur Verfügung gestellt haben und die einen Bericht geschrieben haben, der vielleicht in manchen Bereichen nicht jedem passt, der vielleicht das eine oder andere übers Ziel schießt, jedenfalls der ganz eindeutig nicht und nirgends gesagt hat, er ist jetzt ein wissenschaftlicher

Bericht, er hat eingeladen zur Mitarbeit, im Übrigen alle Klubs auch zu Stellungnahmen...

***Zwischenruf GR. Grosz: Schulaufsatz.***

GR. **Rajakovics.** Ich bin auch froh und dankbar, dass inzwischen alle Fraktionen wieder im Gemeinderat sind, die auch daran teilnehmen ganz besonders, auch weil das letzte Mal das Land dabeigesessen ist, der Kollege Sippel, es ist ein Bericht, der letztlich auch in zwei Jahren, ich nehme an, dass wir ihn alle zwei Jahre machen werden, weil es muss ja irgendwas weitergehen, sonst wäre es ja eine reine Abschreibübung, so schnell werden wir nicht alles umsetzen, es ist viel drinnen. Vieles richtet sich nicht an unsere Ebene, aber einiges doch, da wird man das eine oder andere einfließen lassen können, was vielleicht sachlich auch richtig gestellt gehört vom letzten Bericht. Faktum ist aber, und gerade hier wird vieles zu Papier gebracht und dann auch öffentlich geäußert, weil das sind öffentliche Sitzungen, dass deutlich mehr der Wahrheit widerspricht als in diesem Bericht, was du da so großartig angeprangert hast, weil das eine oder andere nicht richtig zitiert ist, von dir Gerald, aber wie gesagt...

***Zwischenruf GR. Grosz: Ich habe nie über Roma gesprochen.***

GR. **Rajakovics:** Nein, ich nehme es zur Kenntnis und ich glaube, dass im nächsten Menschenrechtsbericht, wenn wir die Wortmeldung richtig rausgeben, das durchaus positiv gesehen wird, dein Einsatz auch, dass man solche Sachen nicht macht. Da ist ja nichts herauszufordern, richtigzustellen, dass man kein Problem hat mit Muslimen, die in Graz leben, mit Roma und Sinti ist ja noch nicht einmal ein Fehler, ist ja auch in Ordnung, dass du das klarstellst und ist vielleicht eine falsche Wahrnehmung, die auf

Grund von Wahlkämpfen und Äußerungen halt so gekommen ist. Jedenfalls ist der Bericht sehr ausführlich und stellt eine sehr gute Diskussionsgrundlage dar und will von sich selbst auch nicht den Anspruch stellen, dass er die Bibel ist, die das jetzt alles und wahr wiedergibt, sondern er stellt den Anspruch, dass darüber diskutiert werden kann und genau so ist er auch im Menschenrechtsbeirat behandelt worden. Expertinnen und Experten in verschiedensten Bereichen haben eingebracht, bei weitem noch nicht so viele, wie sich das auch die Mitglieder des Beirates gewünscht hätten, dass noch mehr Vereine, noch mehr Parteien, noch mehr Institution der Zivilgesellschaft, von mehr Ämter, auch der Landesregierung, Datenmaterial, Zahlenmaterial zur Verfügung stellen, dass wir den Bericht größer, wissenschaftlicher, umfangreicher gestalten können. Das wird vielleicht der Bericht in zwei Jahren sein und du bist natürlich herzlich eingeladen und alle sind eingeladen, die hier im Gemeinderat sitzen, entsprechend auch dann dazu beizutragen. Das natürlich manche Dinge im Gemeinderat etwas anders ausschauen als sie auf der Straße kommuniziert werden, liegt in der Natur der Sache. Faktum ist, dass gerade im Bereich der Religionen oder auch der Moschee, Kollege Sippel, keine Diskussion darüber besteht, dass eine seit fast 100 Jahren anerkannte Religionsgemeinschaft das Recht hat, ein Gotteshaus zu bauen, über das brauchen wir nicht diskutieren.

***Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Fragt die Bürger.***

GR. **Rajakovics:** Nein, das ist eben der große Irrtum, darüber fragt man nicht die Bürger, weil eine Religionsgemeinschaft, die in Österreich anerkannt ist, wo wir, ich weiß nicht, aber der Kollege Korschelt schon mit war, wo wir auch jedes Jahr zu Gedenkfeiern ausrücken von Muslimen die für Österreich gekämpft haben, weil wir denen nicht untersagen, ein Gotteshaus zu bauen, Punkt, und darüber können wir nicht diskutieren und genau das sagt der Menschenrechtsbericht, nicht mehr und nicht weniger. Wenn ich das suggeriere, dass ich an solchen Grundfesten der Religionsfreiheit und der freien Religionsausübung rüttle und sage, na wenn es uns passt, dann machen wir was und wenn es uns nicht passt, machen die halt kein... es

steht nirgends drinnen, dass das auf Kosten der Stadt errichtet werden soll, nirgends, es steht drinnen, dass es ganz eindeutig der Rechtslage in der Verfassung Österreichs entspricht, dass die anerkannten Religionsgemeinschaften Gotteshäuser errichten können und Punkt, und nicht mehr und nicht weniger ist es, wir werden auch schauen, ob es da entsprechende Entwürfe gibt und wir würden uns auch sehr freuen, wenn das eine moderne Architektur ist, wie sie auch in München zum Beispiel, was auch schon in der Zeitung war, ja durchaus Erfolge gezeigt hat, dass das durchaus sehr verträgliche und offene Bauten sein können. Das heißt, dieser Menschenrechtsbericht ist ein erster Versuch eines Überblicks zum weitem Thema Menschenrechte und ich sage auch, dass es mir ganz persönlich wichtig ist und der Karl-Heinz Herper hat es angesprochen, dass er letztlich auch aufruft, dass das Thema Menschenrechte an sich ein Thema wird und ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir zumindest im Kleinen einmal dieser Verpflichtung oder diesem Aufruf gerne nachgekommen sind, indem wir die BIG auch diesem Thema gewidmet haben, weil Menschenrechte für uns wirklich eine solche Selbstverständlichkeit sind, dass es kaum noch realisiert wird, dass es schon des Einzelnen bedarf, dass das Ganze auch im Zusammenhang mit den vielen kleinen Rechten und Pflichten funktionieren muss, die jeder von uns auf sich zu nehmen hat. Der Menschenrechtsbericht ist kein Anspruchsbericht, der sagt, was jeder zu bekommen hat, sondern er macht ganz deutlich auch, dass letztlich dahinter immer die Verpflichtung steht, dass der Einzelne das einbringen muss, was er kann und vielleicht ist da auch ein Irrtum mancher, die ihn lesen, dass die Verfasser das nicht wüssten. Es ist ganz eindeutig, der Wolfgang Benedek und auch alle anderen, die in diesem Bereich arbeiten, wissen ganz genau, dass es sich immer um Rechte jener handelt, die in gewissen Bereichen nicht selbst in der Lage dazu sind, zu ihrem Recht oder zu ihrer Lebensqualität selbst etwas beitragen zu können. Und deshalb freut, die Ulrike Taberhofer hat das angesprochen, dass das Wohnen für sie ein wichtiges Thema wäre, ich meine 12 Jahre seid ihr jetzt oder länger seid ihr dafür verantwortlich. Es ist schade, dass nach so langer Zeit, wo ihr zuständig seid, noch immer im Bericht das bemängelt wird, weil das wäre wahrscheinlich vor 12 Jahren auch bemängelt worden. Aber nichtsdestotrotz, ich glaube wirklich, und es ist ein ganz großer Schritt, wir haben im Jahr 2001 diese Verpflichtung Menschenrechtsstadt Graz wahrscheinlich in ihrer Dimension zur Beschlussfassung gar nicht so wahrgenommen, es hat lange gedauert, bis wir wirklich Schritte setzen

konnten, weil in der ersten Freude, dass die UNO uns dafür aussucht, waren wir schnell bereit, Menschenrechtsstadt zu werden, dass das viele Verpflichtungen mit sich bringt, war für viele nicht so klar, aber immerhin und ganz besonders auch der Bürgermeister dahinter, dass wir auch ein paar Sachen machen, an denen wir das dann festmachen können, das ist der Beitritt zur Städtekoalition gegen Rassismus 2005 gewesen und das waren eben Einrichtungen wie der interreligiöse Beirat oder dieser Menschenrechtsbeirat, der einfach klarmachen soll, dass das nicht nur ein Titel ist, den man natürlich im Vergleich auch auf Grund der Rechtssituation insgesamt in Österreich natürlich uns umhängen können und sagen, ja, ja passt schon, im Vergleich mit anderen Städten auf der Welt sind wir noch immer Menschenrechtsstadt mehr als genug, sondern, dass auch wir versuchen, diesem Thema ein besonders Gewicht und ein besonderes Gesicht zu geben. Also wie gesagt, diese BIG ist ein kleiner erster Schritt, mit face in Nashenas, die wir am 9. Dezember eröffnen werden, werden wir einen zweiten Schritt machen, das auch zu publizieren, es wird auch noch ein Film Menschenrechtsstadt von Kindern und Jugendlichen produziert werden, um auch in diesem Segment der Schülerinnen und Schüler dieses Thema ein bisschen zu thematisieren und da bedarf es noch der einen oder anderen neuen Idee, dieser ganzen Idee mehr auf die Füße zu helfen als es vielleicht jetzt ist. Noch einmal herzlichen Dank, auch letztlich Dank von hier aus, auch wenn mich heute von den Verfassern keiner hört, an all jene, die sich die Arbeit gemacht haben, diesen Bericht zusammenzustellen, auch wenn er vielleicht im Einzelnen den einen oder anderen kleinen Fehler hat, den man im Menschenrechtsbericht 2009 korrigieren kann. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Schneider**: An die KollegInnen der FPÖ, der Menschenrechtsbericht ist nicht euer Sorgenkind, ihr seid das Sorgenkind des Menschenrechtsberichtes beziehungsweise von uns allen (*Applaus Grüne*). Für das BZÖ gilt das Gleiche, ihr habt eindrucksvoll hier bewiesen, warum dieser Menschenrechtsbericht nötig ist in unserer Stadt. Vielleicht legt ihr es in Zukunft darauf an, nicht erwähnt zu werden in diesem Bericht. Die Hoffnung habe ich nicht, nachdem was ich heute gehört habe. Ich kann nur sagen, von unserer Fraktion und auch von anderen Fraktionen hier in diesem Gemeinderat wird es die volle Unterstützung geben, hier auch Maßnahmen

zu setzen und wird die volle Unterstützung auch für den Menschenrechtsbeirat und seine Arbeit geben. Vielen Dank (*Applaus Grüne*).

***Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.***

**Berichterstatter: GR. Hohensinner**

4) Präs. 39967/2008-1

**1. Informationsbericht des  
Integrationsreferates der Stadt Graz**

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat! Ich freue mich, dass wir heute einen wirklich zukunftsorientierten umfangreichen Informationsbericht, zur Kenntnis nehmen können. Da gilt gleich zu Beginn ein großes Dankeschön an das Arbeiterteam des Integrationsreferates Frau Brigitte Köksal und Abdeselam Mahmoudi. Danke (*allgemeiner Applaus*). Integration ist eine Querschnittsaufgabe und dient zur Beseitigung von Barrieren. Genau dieses Ziel verfolgt das Integrationsreferat und das seit genau drei Jahren und acht Tagen, wurde von Bürgermeister Siegfried Nagl eingerichtet. Alle die im Bericht enthaltenen Projekte sind entweder bereits abgeschlossen, in Durchführung oder in der Planungsphase. Besonders gut hat mir im Bericht die ganzheitliche Betrachtungsweise gefallen. Es werden alle Lebensbereiche angesprochen und ich möchte ganz in gebotener Kürze den Bericht umreißen. Die wichtigsten Grundsäulen der Integrationsarbeit: der rasche Zugang zum Arbeitsmarkt, die Erstellung eines Integrationsleitbildes mit Konzeptentwicklung und die politische Partizipation. Bei den Handlungsbereichen möchte ich pro Punkt stellvertretend für eine Vielzahl an Aktivitäten jeweils ein bis zwei Maßnahmen nennen. Beim Bereich Jugend wird momentan mit ganz viel verschiedenen Verbündeten ein Konzept erarbeitet: mit NGOs, Selbstorganisationen, Abteilung für Jugend und Familie etc. Interkulturelle Öffnung und Verwaltung: Es soll ein Dolmetscherpool zu einem fixen Angebot der Verwaltung gemacht werden. Interkulturelle Kompetenz soll als Qualifikation bei Bewerbungen im öffentlichen Dienst berücksichtigt werden. Bereich Freizeit, Kultur und Sport: eine offensive Auseinandersetzung der kulturellen Tradition aus dem

Herkunftsland mit österreichischen Gebräuchen. Verstärkte Unterstützung von Begegnungsmöglichkeiten, Wohnen beziehungsweise Konfliktvermittlung bei Wohnen, Förderung der Kommunikation in der Nachbarschaft, Intensivierung der Kooperation mit den Hausverwaltungen, der Hausanlagen der Stadt Graz, Wohngenossenschaften und anderen Institutionen. Bereich Gesundheit: Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Selbstorganisationen und Zielgruppen zu erreichen und der zweite Punkt, was mir besonders wichtig ist, Schulung von EmigrantInnen als MultiplikatorInnen im Bereich Gesundheit. Bereich Arbeitsmarkt: Informationsveranstaltungen zu verschiedenen arbeitsmarktrelevanten Schwerpunktthemen und Schulung von MitarbeiterInnen der Selbstorganisationen als MultiplikatorInnen im Bereich Arbeitsmarktbelange. Kinder, Schule, Bildung: Erweiterung des Angebots einer Lernbetreuung, gezielte Elternarbeit und Beratung, Angebot der muttersprachlichen Betreuung in Kindergärten und Schulen. Bereich Spracherwerb: Erweiterung des Deutschkursangebotes auf allen Ebenen, Angebot von Sprach- und Orientierungskursen. Ganz wichtig ist auch der MigrantInnenbeirat, da bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit mit der Frau Podlesnik. Hier zwei Punkte: regelmäßig stattfindende Gespräche zum Informationsaustausch und eine gemeinsame Umsetzung der Konzepte. Im Ausschuss bekam dieser Bericht einhellige Zustimmung, eine Partei hat dagegen gestimmt, eine Begründung wurde da nicht kundgemacht, warum da die FPÖ dagegen war. Aber ich freue mich, dass es zumindest einhellig war und ich bitte um Annahme des Berichtes. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Integration, Menschenrechte und internationale Beziehungen den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der beiliegende Informationsbericht wird zur Kenntnis genommen.

GR. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Bemerkung vorweg kann ich mir nicht ganz ersparen und zwar, dass es offensichtlich im Haus so ist, dass Wohnen nicht als Querschnittsmaterie

empfunden wird, sondern die alleinige Verantwortung auf ein Ressort konzentriert. Im Gegensatz dazu sehe ich hier eine Entwicklung im positiven Sinn bei diesem vorliegenden Stück, Integration wird als Querschnittsmaterie empfunden, soll auch weiter in der Form so gesehen werden, aber wichtige Konzentration ist bezogen auf das Integrationsreferat und die Maßnahmen, die im Bericht auch irgendwie angeführt werden. Ich möchte mich sehr herzlich bedanken bei Brigitte Köksal und ihrem Team für die Berichtlegung, es sind für mich ganz viele Bereiche benannt, die wichtig sind und auch Maßnahmen dargestellt, die teilweise in Umsetzung begriffen sind, aber vieles ist im Prinzip eine Absichtserklärung und es liegt an uns, an allen, diesbezüglich auch eine Weiterentwicklung im Bereich Integration in der nächsten Zeit auch bewirken zu können. Für mich ist Integration eben immer ein wechselseitiger Prozess, eine Relation zwischen Rechten und Pflichten und diese Schiefstellung, die bislang für mich immer erlebbar war im Bereich Integration, ändert sich mittlerweile etwas in kleinen Schritten. Es gibt viele positive Akzente, vieles das noch nicht in der Form so verstärkt ist, wie es auch notwendig erscheinen würde und auch einzelne Bereiche, die wir vielleicht noch nicht so bewusst wahrnehmen, die noch nicht Teil des Berichtes sind, wo wir auch eine Schwerpunktsetzung auf Perspektive vielleicht auch haben müssen, ist vielleicht ältere Migranten und Migrantinnen ihre Lebenssituation, ihre Bedürfnisse und Probleme, das hat auch die Kollegin Nuray Kanik-Richter auch eingebracht, das unterstütze ich auch in der Form, aber einiges davon ist schon da, sind positive Ansatzpunkte. Ich freue mich und ich hoffe, dass wir da noch mehr in der nächsten Zeit auch umsetzen können von den geplanten Maßnahmen. Aber Dank vor allem an die Brigitte, das Team und das unermüdliche Engagement dieses Teams in dieser Frage (*Applaus ÖVP, KPÖ und Grüne*).

GRin. Dr. **Richter-Kanik**: Ich und meine Fraktion bedanken sich auch bei Brigitte Köksal und Abdeselam Mahmoudi, das ist ein sehr gut vorbereiteter Bericht, wie meine Kollegin gesagt hat, bestimmte Bereiche sind nicht beinhaltet, aber ich finde das total normal. Wenn zwei Personen für zirka 43.000 Menschen zuständig sind, dann können sie nicht alle Bereiche abdecken. Für die Integration sind dieses Jahr zirka 528.000 Euro reserviert, das ist eine große Summe, wenn man so einfach

denkt, aber wenn man denkt, dass diese Summe für 15 % für die Grazer Bevölkerung ist, dann ist die Relation nicht so groß. Aber wir sind in eine positive Richtung und ich bin sehr optimistisch und die KollegInnen bemühen sich sehr und ich freue mich sehr für diesen Bericht und für die Umsetzung. Danke (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

GR. **Sippel**: Nachdem ich jetzt aufgefordert worden bin, da auch kurz Stellung zu beziehen, möchte ich das machen. Ganz kurz. Unser Lösungsansatz hinsichtlich Integrationspolitik und Frage der Integration ist ganz einfach ein anderer, unser Motto ist, Integration muss auch eine Bringschuld sein; unter diesem Wort, unter diesem Schlagwort ist das ganze aus unserer Sicht zu subsumieren, in Zeiten allgemeinen Sparens ist es aus unserer Sicht einfach unseriös, auch Unsummen für teilweise sehr hinterfragenswerte Integrationsprojekte auszugeben. In unseren öffentlichen Einrichtungen wird oder müsste, so müsste man es eigentlich sagen, Deutsch gesprochen werden und daher fordern wir auch die Zuwanderer auf, sich alsbald mit dem Erlernen unserer Sprache auseinanderzusetzen und diese Haltung auch an ihre Kinder weiterzugeben. Und eins ist schon klar, aus unserer Warte, aus unserer Sicht muss natürlich, dass dieses Ziel erreicht werden kann, müssen Deutschkurse in entsprechender Quantität und Qualität angeboten werden, das ist richtig, aber nicht mehr und nicht weniger und da brauche ich nicht, wie zum Beispiel in diesem Bericht zu lesen, fremdsprachige Literatur in Stadtbibliotheken, da brauche ich keine Dolmetscher am Arbeitsplatz, da brauche ich kein Sportangebot für muslimische Frauen, das brauche ich nicht...

*Zwischenruf GRin. Binder: Das hat mit Sprachen lernen zu tun.*

GR. **Sippel**: Das sehen Sie vielleicht so, ich sehe das nicht so, die Sprache lernen, das ist eine Bringschuld, die wir einfordern und jeder, der das tun will, das ist in

Ordnung. Die Fähigkeit, mitteilen zu können, da sind wir vielleicht einer Meinung, Emotionen und Befindlichkeiten auch ausdrücken zu können, ist eine wesentliche Voraussetzung, um sich eben in unserer Gesellschaft heimisch oder geborgen zu fühlen und führt schlussendlich dazu, dass über Generationen hinweg das Aufnahmeland zur Heimat wird, was immer der Begriff auch bedeutet. Und wer nicht bereit ist, da haben wir auch einen ganz einfachen Ansatz, wer nicht bereit ist, sich an den von uns aufgestellten Forderungskatalog zu halten, dem muss man auch ganz klipp und klar sagen oder auch nahelegen, dann soll er halt wieder nach Hause gehen, wenn es ihm bei uns nicht passt. Danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

GR. **Herper**: Ich möchte gar nicht, Kolleginnen und Kollegen, ich möchte gar nicht auf die Äußerungen jetzt eingehen. Nuray und Ulli und andere haben es schon sehr deutlich gemacht, wie gut der Bericht ist, der erstellt wurde und der ein guter Ist-Zustand ist und ein guter Vorhabensbericht, was zu tun ist in Zukunft. Ich wollte nur dich bitten, Frau Vizebürgermeisterin, und dich Frau Ausschussvorsitzende, Sigi Binder, auf etwas ersuchen im Zusammenhang; mit dem Integrationsbericht angeführt ist der MigrantInnenbeirat und dessen Strukturreform. Jetzt gab es, ich ersuche dringlich, dass wir dieses Thema gemeinsam angehen. Wir hatten den Workshop Ende Juni hier im Rathaus mit der Vorlage der Vorschläge für die Strukturreform des MigrantInnenbeirates. In dem Koalitionsvertrag zwischen der Grazer ÖVP und den Grünen Graz steht ausdrücklich drinnen, Strukturreform für den MigrantInnenbeirat und der Einbindung der Betroffenen bis Ende 2008. Ich bitte um rasche Umsetzung dieser Strukturreform und bitte um einen Bericht zu Beginn des neuen Jahres. Danke herzlich.

GRin. Dr. **Richter-Kanik**: Ich wollte eigentlich vorher viele Beispiele geben, aber ich wollte nicht polemisieren und die Diskussion führen, aber wenn Sie sagen, wir sind nicht integrationswillig oder dass wir nicht Deutsch lernen möchten, Sie sind falsch. Wenn ich auf der Straße als Scheiß-Türkin beschimpft wurde, dass ist Produkt Ihrer Politik, Herr Kollege. Vor einem Monat bin ich auf der Straße in der Innenstadt als

Scheiß-Türkin beschimpft worden, man muss wirklich aufpassen, wir leben in einer sehr schönen Stadt und wir wollen ein friedliches Zusammenleben führen, aber wenn Sie so reden, das kann man nicht schaffen. Wir reden über einen Integrationsbericht, dass es in eine positive Richtung führen soll und Sie kommen und Sie schimpfen für die anderen Leute. Es gibt verschiedene Maßnahmen für verschiedene Gruppen, warum akzeptieren Sie das nicht? Jeder bekommt irgendetwas und ich habe gesagt, für 40.000 Leute 500.000 Euro es ist wirklich nicht viel. Wenn ich denke, für die Bürgerbeteiligung gibt es auch 500.000 Euro, für wie viele Leute? Vielleicht 2000 bis 3000 Personen, und diese Personen sind die Zukunft für die Stadt, das vergessen Sie nicht (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Molnar**: Herr Kollege Sippel, ich bin auch kein Anhänger der Multi-Kulti-Gesellschaft, dass man sagt, man schaut durch die grüne Brille und sagt, Multi-Kulti ist alles in Ordnung, muss wirklich sagen, diese Integrationsberichte sind Maßnahmen gesetzt worden, die wichtig sind für Integration.

*Zwischenruf GR. Sippel: Teilweise.*

Mag. **Molnar**: Die Unterstützung quasi des Turnunterrichts für muslimische Frauen, es ist so...

*Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Die kann ja bei uns turnen.*

Mag. **Molnar**: Herr Kollege, es ist so, wenn Sie realistisch sind, in der islamischen Gesellschaft ist es einfach so, dass Damen nicht alleine und mit Männern gemeinsam Sport betreiben dürfen. Wenn Sie erreichen wollen, dass diese Frauen in unsere Gesellschaft integriert werden müssen oder sich wollen, muss man ihnen die gleichen Möglichkeiten geben und das bekommen sie nur, wenn sie die Möglichkeit haben, sich einmal mit Frauen alleine auszutauschen und zum Beispiel Sport zu treiben. Das andere ist, ich habe selber in zwei Ländern in Osteuropa gelebt und dort ist es einfach so, wenn ich mit Ämtern oder mit Polizei zu tun habe, da ist es nicht so wie bei uns, dass ich mir erwarten kann, dass da eine integere Person gegenüber ist, da ist es klar, dass gewisse Leute ein Misstrauen gegen jedes Amt, jeden Polizisten oder jede öffentliche Einrichtung entgegenbringt.

*Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Und die haben immer deutsch gesprochen.*

Mag. **Molnar**: Es geht hier nicht um die Sprache, sondern um das Misstrauen und deswegen haben wir auch besprochen im Integrationsausschuss, dass es oft gar nicht um die Sprache geht, sondern quasi auch um die Übersetzung von Körpersprache, ich kann von mir selber sagen vom Gerichtsjahr, mein Erlebnis werde ich nie vergessen, dass zum Beispiel eine Frau aus dem Islam gibt einem Mann nicht die Hand, das sind Erfahrungen, natürlich bin ich Ihrer Meinung, nach einer gewissen Anpassungsphase muss sich jeder der Umgebung anpassen, aber deswegen ist es wichtig, ursprünglich, wenn eine Person zu uns kommt, am Anfang eine Hilfe zu stellen und dann nach einer gewissen Zeit ist die Hilfe dann auch aus, dann muss sie sich integrieren, aber am Anfang muss man, glaube ich, gewisse Hilfestellungen geben. Und ich sehe in gewissen Bereichen sehr gute Ansätze und sehr gute Punkte, die wie ich glaube, hier beschlossen haben. Zum Beispiel, was mir auch sehr gut gefällt, praktische Dinge wurden hier beschlossen, die eigentlich nichts Aufregendes sind, aber zum Beispiel das Elternheft, dass sehr oft in Schulen Probleme gibt, dass die Eltern nicht kommunizieren können mit den Eltern oder nicht

wissen, was ist, wenn ein Wandertag ist, wenn ein Ausflug ist, dass die Kinder Jause oder irgendetwas mitnehmen müssen, weil sie die Sprache nicht können...

**Zwischenruf GR. Sippel:** *Das passiert alles nicht, wenn sie Deutsch können.*

Mag. **Molnar:** Ja, irgendwo muss man anfangen. Man darf halt nicht erwarten, wenn Leute nicht einmal in ihrer eigenen Sprache die Schrift können, dass sie dann fließend eine andere Sprache können, da bin ich ganz bei Ihnen, wir sollten, glaube ich, auch mehr schauen auf die Qualität der Einwanderung, die in Österreich kommt, dann haben wir ganz andere Probleme, das ist, glaube ich, das Grundübel. Aber prinzipiell sollte man hier gewisse Punkte akzeptieren, die wichtig sind für die Integration ursprünglich und danach bin ich ganz Ihrer Meinung, irgendwann ist einmal aus mit Entgegenkommen, dann kann man auch etwas verlangen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Rajakovics:** Ich bleibe jetzt ganz kurz, ich muss nur was richtigstellen, weil sonst wird da irgendwas wieder falsch transportiert. Das ist ein Frauenturnen, das halt von einem islamischen Frauenverein organisiert wird, Punkt, oder können auch katholische, auch sonstige Frauen teilnehmen, es gibt auch Frauen und Männersauna noch immer und es gibt auch andere, wenn die Vinzenzgemeinschaft um einen Turnkurs ansucht, wird er halt auch subventioniert. Bitteschön da nicht etwas hineininterpretieren, Faktum ist es, dass Frauen untereinander ohne Männer turnen oder schwimmen wollen, das gibt es in anderen Sportvereinen auch, indem ist angesucht worden und wird unterstützt. Also bitte, da ist nicht irgendwelche, sonst werden wieder irgendwelche Geschichten, was da jetzt Besonderes ist, das ist gar nichts Besonderes, nur dass es in dem Fall eine Initiative von muslimischen Frauen war.

*Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.*

**Berichterstatterin: GRin. Mag.<sup>a</sup> Pavlovec-Meixner**

24) A 23-0317780/2008-0002

Aktionsprogramm „Kommunales Energie- und Klimaschutzkonzept Graz 2020 (KEK Graz 2020); Grundsatzbeschluss

Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Wir kommen jetzt zu einem sehr wichtigen und richtungweisenden Stück für die zukünftige energiepolitische Vorgangsweise der Stadt Graz, nämlich zum KEK 2020. Der vorliegende Grundsatzbeschluss stellt den inhaltlichen und strukturellen Rahmen sowie die Ziele zur Erarbeitung eines Aktionsprogramms „Kommunales Energie- und Klimaschutzkonzept Graz 2020“, kurz KEK 2020, dar (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Wie einige von Ihnen wahrscheinlich wissen, hat es bereits 1996 ein sehr ambitioniertes kommunales Energiekonzept gegeben, von dem aber leider einige Teile nicht umgesetzt wurden, deshalb auch schon im Titel eine Änderung, nämlich Aktionsprogramms, das heißt, dieses Aktionsprogramm soll wirklich umsetzungsorientiert sein. Das aktuelle Aktionsprogramm KEK 2020 beziehungsweise die konkreten Maßnahmen sollen auf Basis dieses Beschlusses in einem gemeinsamen Vorhaben mit den dafür wichtigen Ämtern und AkteurInnen in Graz ausgearbeitet werden. Dabei erhalten sie fachliche Unterstützung vom Umweltamt und der Grazer Energieagentur. Dieser Grundsatzbeschluss beinhaltet noch keine finanziellen Bindungen für umzusetzende Maßnahmen, die werden selbstverständlich den zuständigen Organen, sobald sie ausgearbeitet sind, vorgelegt. Hintergrund und Motivation in aller Kürze. Klimawandel, Risiken durch neue Kernkraftwerke, steigende Importabhängigkeit und Versorgungssicherheit, steigende Energiekosten, ein Thema, das uns ja jetzt in jedem Gemeinderat begleitet hat und auch in den künftigen wahrscheinlich begleiten wird, Gesundheitsbelastung durch Schadstoffemissionen und finanzielle Folgekosten. Mich würde das irrsinnig freuen, wenn auch Sie, Herr Gemeinderat Mariacher, vielleicht zuhören könnten mit Ihrer Fraktion, weil ich glaube, dass Sie sich ziemlich für das Thema Energie interessieren und auch dazu äußern. Die weiterhin steigenden Energiepreise verschärfen darüber hinaus massiv auch die Budgetproblematik der Stadt Graz. Das

heißt, wenn wir nicht jetzt die entsprechenden Weichen für eine effiziente nachhaltige Energiebewirtschaftung stellen, dann besteht Grund zur Sorge, dass wir dauerhaften Kostenbelastungen ausgesetzt werden. Durch einen Focus auf innovative Energie und Umwelttechnologien können wichtige Wirtschafts- und Arbeitsplatzimpulse gesetzt werden. Eine Investition zum Beispiel in Gebäudesanierung oder Heizungserneuerung schafft ungleich mehr Arbeitsplätze als dieselbe Investition in den Bezug von importierten fossilen Energieträgern. Auch wenn Probleme wie der Klimawandel globaler Natur sind, so fallen viele energierelevante Entscheidungen lokal beziehungsweise vor Ort. Etwa mit welchen Standards wir unsere Gebäude bauen oder sanieren, welche Energieträger forciert werden, welche Beleuchtung wir einsetzen oder welche Mobilitätsformen wir in unserer Stadt den Vorzug geben. Es gibt dazu einige Richtlinien von der EU beziehungsweise auch die energie- und klimapolitischen Ziele der EU, die da sind, minus 20 % Energieverbrauch bis 2020, minus 20 % CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 und 20 % erneuerbare Energieträger bis 2020. Die grundsätzlichen Strategien, um eine spürbare Verringerung der Treibhausgas- und Schadstoffemissionen zu erreichen, sind bekannt und breit akzeptiert. Es ist erstens Energieeffizienz steigern, zweitens, saubere und erneuerbare Energieträger einsetzen, drittens, Bedarf für emissionsintensive Güter und Leistungen senken. Die Ziele des Aktionsprogramms KEK 2020, ich möchte nur einige davon nennen, weil einige auch ident sind mit den grundsätzlichen Strategien, das Ziel ist, dass Graz wirklich eine Vorreiterrolle bekommt im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien und dass die Grazer Energiepolitik zu einer sozial verträglichen Bereitstellung von Energiedienstleistungen beitragen soll, also Thema Energiepreise auch. Natürlich ist es auch wichtig, dass längerfristig die Emissionsgrenzwerte bei Feinstaub unterschritten werden, eingehalten beziehungsweise unterschritten werden sollen. Und ein weiterer wichtiger Punkt ist die Veränderung des Mobilitätsverhaltens durch die Forcierung alternativer Treibstoffe und Antriebe. Zur Arbeitsweise, es gibt vier Aktionsteams, die sich mit folgenden Themen beschäftigen: Energieeffizienz bei stadteigenen Gebäuden und Anlagen, ein Thema, das auch deshalb wichtig sein wird, weil wir heute ein Stück vom Amt für Wohnungsangelegenheiten zur umfassenden Sanierung beschlossen haben und da wird sich sicher herausstellen, dass umfassende Sanierungen in Zukunft anders laufen werden, dass es massive Verbesserungen geben muss bei den energetischen Standards, die für die stadteigenen Gebäude gelten werden, weil

so werden sich die Menschen auch mittel- und langfristig Energiekosten sparen können. Das zweite Thema ist Ausbau von Fernwärme und Solarenergie sowie weiterer umweltfreundlicher Energieressourcen, das dritte Thema ist Energieeffizienz bei Wohngebäuden, Haushalten und Betrieben und als viertes Thema energieeffiziente Mobilität und Forcierung alternativer Treibstoffe. Die Bestandsaufnahme und Ausarbeitung der konkreten Maßnahmen in den Aktionsteams laut diesem Grundsatzbeschluss soll vor dem Sommer 2009 abgeschlossen werden und bereits parallel kann mit der Umsetzung entscheidungsreifer Maßnahmen begonnen werden. Jetzt komme ich zum Antrag: Der Gemeindeumweltausschuss und Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellt daher den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 6 beschließen: Der vorstehende Bericht mit den Zielen und Schwerpunkten für das Aktionsprogramm Kommunales Energie- und Klimaschutzkonzept Graz 2020 kurz KEK 2020, wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Als abteilungsübergreifendes Vorhaben werden die genannten, sowie weitere in Frage kommende Abteilungen und städtische Gesellschaften eingeladen, an den Aktionsplänen in den vier wichtigen Handlungsfeldern, Aktionsteams, mitzuarbeiten. Die Mitarbeit bezieht sich insbesondere auf: Bereitstellung von Daten über den Energieverbrauch städtischer Anlagen und Gebäude, Erarbeitung von Maßnahmen für den Verantwortungsbereich der eigenen Abteilung inklusive einer Kosten-Nutzen-Abschätzung sowie der finanziellen und finanztechnischen Erfordernisse, wobei sie vom Umweltamt und der Grazer Energie-Agentur fachlich und organisatorisch unterstützt werden. Sowie Teilnahme an Sitzungen der Aktionsteams für übergreifende Maßnahmen und Zusammenführung beziehungsweise Abstimmung der Ergebnisse. Das Umweltamt wird dem Gemeindeumweltausschuss und Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung regelmäßig über den Fortgang des Aktionsprogramms berichten.

Die Berichterstatterin stellt namens des Gemeindeumweltausschusses und des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 6 beschließen:

1. Der vorstehende Bericht mit den Zielen und Schwerpunkten für das Aktionsprogramm Kommunales Energie- und Klimaschutzkonzept Graz 2020, kurz KEK 2020, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

2. Als abteilungsübergreifendes Vorhaben werden die genannten, sowie weitere in Frage kommenden Abteilungen und städtischen Gesellschaften eingeladen, an den Aktionsplänen in den vier wichtigen Handlungsfeldern (Aktionsteams) mitzuarbeiten. Die Mitarbeit bezieht sich insbesondere auf:
  - Bereitstellung von Daten über den Energieverbrauch städtischer Anlagen und Gebäude,
  - Erarbeitung von Maßnahmen für den Verantwortungsbereich der eigenen Abteilung inklusive einer Kosten-Nutzen-Abschätzung sowie der finanziellen und finanztechnischen Erfordernisse, wobei sie vom Umweltamt und der Grazer Energie-Agentur fachlich und organisatorisch unterstützt werden.
  - Teilnahme an Sitzungen der Aktionsteams für übergreifende Maßnahmen und Zusammenführung beziehungsweise Abstimmung der Ergebnisse.
3. Das Umweltamt wird dem Gemeindeumweltausschuss und Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung regelmäßig über den Fortgang des Aktionsprogramms berichten.

*Stadträtin Mag.<sup>a</sup> Fluch übernimmt um 23.10 Uhr den Vorsitz.*

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich möchte jetzt nicht das Ganze wiederholen, was die Kollegin schon referiert hat, ich möchte trotzdem drei Worte dazu sagen auch in später fortgeschrittener Stunde. Es handelt sich beim Kommunalen Energiekonzept Aktionsprogramm 2020 um ein sehr ambitioniertes Programm, wenn man die Klimaschutzziele, die wir uns auf verschiedensten Ebenen gesetzt haben, ernst nimmt. Mir ist wichtig, dazu zu sagen, dass es so angelegt ist, wie die Kollegin schon ausgeführt hat, dass einerseits sehr umsetzungsorientiert gearbeitet wird, dass es

aber auch schon aufgreift, was bisher in dieser Stadt, zum Beispiel 1996, beschlossen wurde und auf heutige Standards anhebt und dass es sehr stark darauf angewiesen ist, dass über die Ämter hinweg in diesen Bereichen zusammengearbeitet wird, denn eine energieeffiziente Strategie der Stadt Graz wird nur dann funktionieren, wenn verschiedenste Ämter und ihre Möglichkeiten hier voll ausgeschöpft werden, aber auch in den städtischen Beteiligungen die Einsparungspotentiale beziehungsweise die Umsteuerungspotentiale ausgeschöpft werden. Ich lade deswegen alle Kolleginnen und Kollegen im Bereich der Stadtregierung herzlich dazu ein und ihre Abteilungen in diesen Umsetzungsbereichen in den Aktionsteams mitzuarbeiten und dabei zu sein, denn nicht zuletzt, weil wir jetzt auch in der Endphase der Budgetverhandlungen sind, ist es auch ein nicht unwesentlicher Beitrag dazu, langfristig bestimmte Kostenentwicklungen in dieser Stadt stärker in den Griff zu bekommen und damit bestimmte Budgetentwicklungen nicht in der Art ausufern zu lassen, wie wir sie derzeit leider erleben, was im Bereich Energiekosten und auch Betriebskosten für die einzelnen Bürger und Bürgerinnen der Stadt Graz derzeit sehr deutlich zu spüren ist und hier ist, denke ich mir, der Ansatz einer Energiewende und einer forcierten Strategie in diese Richtung ein wesentlicher Ansatz, um längerfristig auch einen Handlungsspielraum zu bewahren und auch darüber freue ich mich, dass heute dieser Beschluss zustande kommt. Ich möchte ein herzliches Dankeschön sagen, leider ist niemand mehr da, zuerst dem Umweltamt, Frau Dr. Panholzer und Herrn Dr. Prutsch, die intensiv dieses Papier entwickelt haben, gemeinsam mit der Grazer Energieagentur, einer Einrichtung, die übrigens ein Ergebnis des KEK 1996 war, also da gab es acht Maßnahmenschritte, eine, die umgesetzt wurde, war die Einrichtung der Grazer Energieagentur, die mit ihrem Know-how und ihren Beratungsangeboten in verschiedensten Bereichen innerhalb der Stadt, aber auch nach außen auch im privaten Bereich zu Energieberatung beziehungsweise Umrüstungen in Bereichen Sanierungen etc. großes Know-how anbietet und da freue ich mich schon auf eine gute Zusammenarbeit in den nächsten Monaten und auf gute erste Beschlüsse und Ergebnisse im nächsten Jahr. Danke für die Annahme (*Applaus Grüne*).

***Bgm.-Stvin. Rücker übernimmt um 23.13 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Herper**: Frau Umweltreferentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz und bündig. Wir greifen das Angebot von dir gerne auf, um uns aktiv einzubringen, wir werden als sozialdemokratische Fraktion dem Stück gerne die Zustimmung geben, wie schon im Ausschuss. Wir haben ja schon auch am 96er-Programm mitgearbeitet sehr aktiv. Wie gesagt, einiges ist Gott sei Dank umgesetzt worden, manches ist liegengeblieben mangels Mitteleinsatz usw. und wir hätten uns wahrscheinlich eine bessere Umsetzung gewünscht. Wir wollen uns in die Arbeitsgruppen einbringen, wir haben über Initiative von Wolfgang Riedler eine Arbeitsgruppe installiert, die in den letzten Monaten zu den Punkten Fernwärme, Solarenergie, Biogaseinsatz, Energieeffizienz und weiteren Themen inhaltsreiche und konkrete Vorschläge gemacht haben. Ich werde sie also in den Modulen in den einzelnen Arbeitsgruppen einbringen und auch im Ausschuss, wenn es so genehm ist. Danke.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Danke, ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

*Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.*

**Berichterstatter: GR. De Montmorency**

27) StRH-18537/2008

Bericht betreffend die Prüfung  
Graz 2003 – Kulturhauptstadt Europas  
Organisations GmbH

GR. De **Montmorency**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf berichten über die Prüfung des Stadtrechnungshofes, über die Graz 2003 – Kulturhauptstadt Europas Organisations GmbH. Herzlichen Dank dem Stadtrechnungshof, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtrechnungshofes für die Ausarbeitung. Der Stadtrechnungshof hat gemäß § 5 der Geschäftsordnung für den Stadtrechnungshof eingeschränkt auf

unternehmensrechtlich Grundlagen die Graz 2003 – Kulturhauptstadt Europas Organisations GmbH auf Grund einer Prüfung von Amts wegen nach § 11 Abs. 3 Geschäftsordnung für den Stadtrechnungshof über die Richtigkeit des Jahresabschlusses 2007 durchgeführt. Auf Grund der vom Stadtrechnungshof durchgeführten Prüfungshandlungen lässt sich zusammenfassend Folgendes festhalten:

Rechnungswesen: Bei den Prüfungshandlungen stellte der Stadtrechnungshof die Einhaltung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung fest. Die Angemessenheit und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems stellen wir in Bezug auf die Finanzmittel fest. Systemprüfungen haben wir nur in geringfügigem Ausmaß durchgeführt. Jahresabschluss: Die Gliederung und Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte unter Beachtung der handelsrechtlichen Bestimmungen. Erkennbaren Risiken wurden durch Abschreibungen und Rückstellungen und Wertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen. Der Anhang enthält alle vom UGB geforderten Angaben. Der Anhang enthält alle im Gesetz geforderten Angaben.

Internes Kontrollsystem – Managementfunktionen: Es sind alle Vorgänge dem Geschäftsführer zur Entscheidung vorzulegen. Bei Bankbewegungen ist das Vier-Augen-Prinzip auf Grund der kollektiven Zeichnungsberechtigung zwingend verankert worden. Bei Beschaffungen mit geringfügigem Wert könnte eine Handkassenregelung eingeführt werden, die der zeitversetzten Abzeichnung des Geschäftsführers entgegenwirkt. Derzeit erfolgt die Vertretung der Gesellschaft durch einen einzelzeichnungsberechtigten Geschäftsführer. Der Aufsichtsrat wurde, wie bereits erwähnt, mit Ende des Jahres 2004 aufgelöst und Einschränkungen auf Grund gesetzlicher Rahmenbedingungen und aufgrund der zustimmungspflichtigen Geschäfte der Geschäftsordnung aus dem Jahr 2000, eine außenwirksame Beschränkung der Vertretungsrechte des Geschäftsführers besteht nicht. Die Gesellschaft erbringt neben ihrer Haupttätigkeit der Bewirtschaftung und Verwaltung der Murinsel Dienstleistungen im Bereich des Rechnungswesens für andere Gesellschaften der Stadt, da die derzeitige Auslastung beziehungsweise das Aufgabengebiet des Verwaltungsapparates der Gesellschaft dies ermöglicht. Die bereits begonnenen Tätigkeiten für andere Tochtergesellschaften der Eigentümerin sind dahingehend zu untersuchen, ob nicht eine Art Verwaltungsservicecenter im kulturellen Bereich bezüglich Organisation, Controlling und Rechnungswesen beziehungsweise auszubauen wäre. Daher empfiehlt sich auf Grund der

aufgezeigten Punkte, Kosten-Nutzen-Überlegungen anzustellen, ob nicht eine Zusammenführung mit anderen städtischen Betrieben oder Gesellschaften wirtschaftlich wäre. Dies wurde in den Kontrollausschusssitzungen am 11. und 30. September sowie am 21. Oktober 2008 vorberaten. Ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

*Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.*

**Berichterstatterin: GRin. Mag.<sup>a</sup> Ennemoser**

28) StRH. 10941/2008

Bericht betreffend die Prüfung internes  
Kontrollsystem Finanztransaktionen in  
den Geriatrischen Gesundheitszentren

Mag.<sup>a</sup> **Ennemoser**: Der Stadtrechnungshof hat das interne Kontrollsystem der Geriatrischen Gesundheitszentren bezüglich Finanztransaktionen geprüft. Im Großen und Ganzen befindet der Stadtrechnungshof die Finanztransaktionen der Geriatrischen Gesundheitszentren in Ordnung, hat aber ein paar Empfehlungen bezüglich Vier-Augen-Prinzip und TAN-Cods. Es ergeht auf dieser Grundlage der Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

Die Berichterstatterin stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Stadtrechnungshofes sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis nehmen.

*Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.*

**Berichterstatter: GR. Mag. Titz**

NT 6) A 8 – 20509/2006-10

Langfristige Fremdmittelaufnahme 2008  
in der Höhe von €60.000.000,00

Mag. **Titz**: Es geht hier um die Ersparnis von 90 Millionen Euro für die langfristige Fremdmittelaufnahme im Jahr 2008 gegenüber dem am 18. September 2008 von uns gefassten Beschluss, dass insgesamt 150 Millionen Euro durch die Grazer Unternehmensfinanzierungs GmbH für die Stadt Graz aufgenommen werden sollen. Diese Veränderung kommt dadurch zustande, durch die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten und die dadurch erheblich erschwerten Konditionen, Fremdmittel aufzunehmen. Daher empfiehlt der Finanzstadtrat und die Finanz- und Vermögensdirektion, anstatt der vorgeschlagenen und beschlossenen 150 Millionen bloß 60 Millionen aufzunehmen und zwar aus drei Gründen: Diese Kürzung der Langfristfinanzmittelaufnahme im Jahr 2008 auf 60 Millionen deckt die AOG 2008 sowie auch einen Teil der AOG 2009. Die Aufnahme soll zu 100 % durch die Stadt Graz und nicht durch die GUF erfolgen sowie die Verschiebung der restlichen Langfristfinanzmittelaufnahme für die Tochtergesellschaften nach 2009, wenn auf den Finanzmärkten wieder ruhigere Zeiten eingeleitet sind und die Banken bessere Konditionen geben. Es wird weiters nach Überprüfung und Analyse der eingelangten Angebote vorgeschlagen, die beiden Bestbieter, nämlich die BAWAG PSK und die Raiffeisenlandesbank Steiermark, mit jeweils Tranchen in der Höhe von 30 Millionen Euro zu ziehen von diesen Banken. Daher stelle ich den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, die Fremdmittelaufnahme der Stadt Graz in der Höhe von insgesamt 60 Millionen Euro, davon 30 Millionen von der BAWAG PSK und 30 Millionen von der Raiffeisenlandesbank Steiermark AG mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit zu beschließen.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 3c

des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008, die Fremdmittelaufnahme der Stadt Graz in der Höhe von insgesamt 60 Millionen Euro (€ 30 Mio. von der BAWAG PSK und € 30 Mio. von der RLB Steiermark AG) mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit beschließen.

*Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.*

**Berichterstatter: GR. Mag. Spath**

NT 7) A 10/5-735/2002-32  
A 8 – 37672/06-7

„NaturErlebnisPark-Andritz“  
Abschluss einer Förderungsvereinbarung  
mit dem Verein Schulbiologiezentrum  
„NaturErlebnisPark“  
für die Kalenderjahre 2009 bis 2011

Mag. **Spath**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Areal inklusive der Rielteiche und das Gebäude wurde von der Stadt Graz beginnend mit 1.1.2008 unbefristet und mit einem Kündigungsverzicht des Verpächters, also der Familie Riel, auf 20 Jahre bis 2028 angepachtet, wobei dem Verpächter eine einmalige Ausstiegsmöglichkeit aus dem Pachtvertrag zum 31.12.2011 eingeräumt wurde. Dem Verein Schulbiologiezentrum NaturErlebnisPark wiederum wurden seitens der Stadt Graz die Liegenschaften prekaristisch überlassen. Die Zusammenarbeit mit dem Verein endet jetzt mit 31.12.2008, die Förderung war vom Stadtsenat zuerst mit 72.000 Euro im Jahr gewährt worden und wurde dann auf 65.000 Euro herabgesetzt. Um diese Kooperation aufrecht zu erhalten, sollte der Vertrag jetzt mit dem Verein verlängert werden, aus rechtlicher und wirtschaftlicher Sicht wäre es günstig, bis Ende 2011 den Pachtvertrag zu verlängern. Im Gegenzug verpflichtet sich der Verein zu ökopädagogischen und naturwissenschaftsdidaktischen Tätigkeiten, Betreuung des Naturschutzgebietes Rielteich, laufende Pflege, Instandhaltung und Verwaltung der Anlagen, Gewährung der unentgeltlichen Nutzung des Unterrichtsareals. Ich stelle daher den Antrag, dass es zu einem Abschluss der Fördervereinbarung zur Finanzierung des NaturErlebnisParkes Graz-Andritz zwischen der Stadt Graz als Förderer einerseits und dem Verein für die Kalenderjahr 2009/2010 und 2011 genehmigt wird. Der

Verein Schulbiologiezentrum NaturErlebnisPark erhält jährlich eine Förderung in der Höhe von 65.000 Euro, die jeweils zu 50 % am 10. Jänner und am 10. Juli des jeweiligen Kalenderjahres ausbezahlt wird. Die Einhaltung der Subventionsordnung der Landeshauptstadt Graz ist eine der unabdingbare Voraussetzung der abzuschließenden Fördervereinbarung, und die haushaltsplanmäßige Vorsorge soll von der Abteilung 10/5 getroffen werden. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses, des Gemeindeumweltausschusses und des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 1 Abs. 3 der Subventionsordnung der Landeshauptstadt Graz, in der Fassung des Gemeinderatsbeschlusses vom 29.6.2006 (Wirksamkeit 1.8.2006), beschließen:

1. Der Abschluss der Förderungsvereinbarung zur Finanzierung des NaturErlebnisParkes Graz-Andritz zwischen der Stadt Graz als Förderer einerseits und dem Verein Schulbiologiezentrum „NaturErlebnisPark“ andererseits für die Kalenderjahre 2009-2011 wird wie folgt genehmigt:  
Der Verein Schulbiologiezentrum „NaturErlebnisPark“ erhält jährlich eine Förderung in der Höhe € 65.000,- zur Weiterführung des NaturErlebnisParkes Graz Andritz.  
Die Anweisung von je 50 % der Fördersumme erfolgt durch die Stadt Graz bis zum 10. Jänner beziehungsweise 10. Juli des jeweiligen Kalenderjahres.  
Die Einhaltung der Subventionsordnung der Landeshauptstadt Graz ist eine unabdingbare Voraussetzung der abzuschließenden Förderungsvereinbarung.  
Die haushaltsplanmäßige Vorsorgen für die betreffenden Förderungsjahre sind in den entsprechenden Voranschlägen der Abteilung 10/5 zu treffen.

***Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.***

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz erledigt.

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa R ü c k e r schließt die Sitzung des Gemeinderates um 23.25 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker

StRin. Mag.<sup>a</sup> Eva-Maria Fluch

StR. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi

Der Schriftführer:

Der Schriftprüfer:

Wolfgang Polz

GR. Stefan Schneider

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb